

# ZÜRCHER FREISINN

## Gemeinsam weiterkommen.

Renteninitiative  
unterschreiben!

### Die FDP im Einsatz für KMU

KMU und Selbstständige brauchen konkrete Antworten, um die Wirtschaftskrise zu überstehen. Die Linke versucht die Corona-Krise zu nutzen und sich als Hüterin der KMU zu inszenieren – das hat nichts mit der Realität zu tun. Die FDP hingegen setzt sich täglich für Arbeitsplätze und KMU ein. Daniela Schneeberger hat einige Beispiele herausgegriffen.

Seite 11

### «Einer für alle – alle für einen»

Das einzig Sichere an Krisen ist: Die nächste kommt bestimmt. Deswegen muss die Schweiz in Zukunft noch resilienter werden – auf politischer, gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Ebene. Andrea Caroni stellt wichtige Forderungen aus den Corona-Papieren der FDP vor.

Seiten 14 und 15

### Alle Vorlagen vom 27. September

Wegen Corona kommt es bald zum «Superabstimmungssonntag» mit Volksentscheiden zur Kündigungsinitiative, zu neuen Kampfflugzeugen, Kinderdrittbetreuungsabzügen, zum Vaterschaftsurlaub und Jagdgesetz. Wir liefern alle Infos.

Seiten 17 bis 21

### Karin Keller-Sutter im Interview



«Kündigungsinitiative ist ein Hochrisikospiegel.»

Seite 21

## Spare in der Zeit, dann hast du in der Not ...

Editorial

... so lautet ein altes Sprichwort, welches den Status quo, was unsere aktuelle wirtschaftliche Situation betrifft, treffender nicht beschreiben könnte. Nachhaltige Finanzpolitik ist seit jeher ein grosses Anliegen der FDP, und genau diese entschlossene Haltung unserer Partei zahlt sich nun aus. Unsere politischen Gegner haben diese beharrliche Haltung zuweilen belächelt und immer wieder argumentiert, es seien ja genügend Geld und Arbeitsplätze vorhanden. Die Realität dieser Krise hat uns nun eines Besseren belehrt. Statt Überschüsse stehen nun Schulden auf dem Programm, Unternehmen kämpfen ums Überleben, und Arbeitsplätze gehen verloren. Und genau darum ist es umso wichtiger, dass wir uns jetzt erst recht beherzt und zielführend für einen Top-Wirtschaftsstandort Zürich mit attraktiven Rahmenbedingungen einsetzen. Nur so können unter anderem auch die Arbeitssuchenden, welche in dieser Krise ihre Arbeit verloren haben, rasch wieder eine passende Stelle finden.

Dank unserer nachhaltigen Finanzpolitik konnte der Staat in den letzten Monaten sehr effizient Gelder sprechen und somit die Unternehmen meist unbürokratisch unterstützen, sodass viele Arbeitsplätze erhalten bleiben konnten. Nach den Lockerungen ist der wirtschaftliche und gesellschaftliche



Hans-Jakob Boesch, Parteipräsident FDP Kanton Zürich

Alltag glücklicherweise grösstenteils zurückgekehrt. Es wird wieder konsumiert, und die Unternehmen schöpfen neue Hoffnung. Auch der demokratische Alltag hat wieder an Fahrt aufgenommen.

Fortsetzung auf Seite 3

# Inhalt

- 3–9 Zürcher Freisinn
- 10 Die SP – plötzlich eine Wirtschaftspartei?
- 11 Die FDP im Einsatz für KMU
- 12 Neue Mitglieder im Parteivorstand
- 13 KMU-Porträt: Geobruugg AG
- 14/15 Massnahmen für eine krisenresistente Schweiz
- 16 Petra Gössi zur Enkelstrategie
- 17 Gastbeitrag zur Kündigungsinitiative
- 18 Maja Riniker zu den Abstimmungen vom 27. September
- 19 Ruedi Noser: Nein zur «UVI»
- 20 Thierry Burkart: Ja zu neuen Kampfflugzeugen
- 21 Kündigungsinitiative: Interview mit Karin Keller-Sutter
- 22 Update zur Renteninitiative
- 23 Aus dem Generalsekretariat/ Agenda



## Liebe Freisinnige

Die Corona-Krise hat unsere Gesellschaft, die Wirtschaft und die Politik innert kürzester Zeit vor eine ausserordentliche Herausforderung gestellt. Gerade in dieser schwierigen Zeit, die viel von uns allen verlangt hat, und dies immer noch tut, gilt mehr denn je: Wir müssen in die Zukunft sehen und die Weichen für unser Land, unsere Kinder und Enkelkinder richtig stellen.

## Werden Sie Teil unserer Enkelstrategie

Die Schweiz braucht eine langfristige Strategie – eine Enkelstrategie – die gewährleistet, dass unser Wirtschaftsstandort an der Weltspitze bleibt, die Sozialwerke für die zukünftigen Generationen gesichert werden und wir unseren Kindern und Enkelkindern intakte Lebensgrundlagen hinterlassen können. Diese Enkelstrategie wollen wir gemeinsam mit Ihnen erarbeiten. Sie erhalten in den nächsten Tagen Post von mir mit den Zugangsdaten zu unserer Mitgliederumfrage zur Enkelstrategie. Ziel dabei ist, dass wir ein möglichst umfassendes Bild der verschiedenen Meinungen in unserer Partei erhalten. Ich danke Ihnen bereits jetzt, dass Sie sich an der Umfrage beteiligen.

## Nein zur Kündigungsinitiative, Ja zu neuen Kampfflugzeugen

Eine wichtige Entscheidung können wir bereits am 27. September 2020 treffen, indem wir mit einem Nein zur schädlichen Kündigungsinitiative die Kündigung der bilateralen Verträge verhindern. Denn wir dürfen nicht vergessen: Die Schweiz verdient zwei von fünf Franken im Aussenhandel und

mehr als die Hälfte der Schweizer Exporte gehen in die EU. Gerade in den momentan unsicheren Zeiten braucht es keine Hochrisiko-Experimente, welche die stabile Beziehung mit unserer wichtigsten Handelspartnerin aufs Spiel setzen.

Die aktuelle Krise zeigt auch, dass wir jederzeit auf das Unerwartete vorbereitet sein müssen. Das gilt auch für Bedrohungen aus der Luft. Daher ist es jetzt an der Zeit, neue Kampfflugzeuge zu beschaffen und einen Beitrag zu leisten, dass der Schutz unseres Luftraums auch in Zukunft sichergestellt werden kann.

## Unterschreiben Sie die Renteninitiative!

Doch nicht nur die FDP, sondern auch die Jungfreisinnigen setzen sich mit vollem Gewicht dafür ein, dass auch die zukünftigen Generationen gute Zukunftsperspektiven haben. Ihre Renteninitiative sorgt für eine langfristig sichere und nachhaltige Altersvorsorge und ermöglicht, dass unsere Kinder und Enkelkinder vom gleichen sozialen Schutzschild profitieren können wie die heutigen Rentnerinnen und Rentner. Ich freue mich, wenn auch Sie den Unterschriftenbogen, den Sie in der Beilage dieses Freisinns finden, unterschreiben und damit einen wichtigen Beitrag leisten, unsere Altersvorsorge für die Zukunft zu sichern.

Nun wünsche ich Ihnen eine interessante Lektüre und danke Ihnen für Ihr Engagement für die liberale Idee!

Ihre Petra Gössi  
Parteipräsidentin FDP.Die Liberalen Schweiz

## Partei Vorstand

## Bettina Huber und Thomas Henauer neu im Parteivorstand und Thomas Vogel als Vizepräsident gewählt

An der ersten digitalen ordentlichen Delegiertenversammlung vom 23. Juni 2020 wurden nach den statutarischen Geschäften die beiden neu gewählten Mitglieder des Parteivorstandes Bettina Huber und Thomas Henauer willkommen geheissen. Der restliche Parteivorstand sowie Parteipräsident Hans-Jakob Boesch wurden für zwei weitere Jahre in ihrem Amt bestätigt. An der darauffolgenden Parteivorstandssitzung konstituierte sich der Vorstand der FDP Kanton Zürich neu und wählte Kantonsrat Thomas Vogel zum zweiten Vizepräsidenten neben Dieter Kläy, da dieses Amt nach dem Rücktritt von Nationalrätin Regine Sauter vakant war. Mit Thomas Vogel, welcher seit 2004 Mitglied des Parteivorstandes ist und von 2008 bis 2019 als Präsident der Kantonsratsfraktion amtierte, konnte ein erfahrener Freisinniger für das Amt des Vizepräsidenten gewonnen werden. Die beiden zurückgetretenen Vorstandsmitglieder Regine Sauter



Bettina Huber



Thomas Henauer



Thomas Vogel

und Stefan Lenz wurden an der Delegiertenversammlung vom 25. August 2020 verabschiedet

und ihr langjähriger grosser Einsatz herzlich verdankt.

### Fortsetzung von Seite 1

Mit Blick auf den 27. September steht uns ein abstimmungsreiches Wochenende mit insgesamt fünf nationalen und zwei kantonalen Vorlagen bevor. Bei einigen Gemeinden wird es weitere kommunale Vorlagen geben. Es ist nicht ganz einfach, den Überblick zu behalten, aber umso wichtiger, dennoch seine Stimme in die Urne zu legen. Unter anderem gilt es mit einem klaren Nein die schädliche und nutzlose Kündigungsinitiative zu verhindern und mit einem überzeugten Ja der Beschaffung neuer Kampfflugzeuge, welche die Sicherheit unserer Zukunft gewährleisten werden, grünes Licht zu geben. Mehr zu den Vorlagen vom 27. September lesen Sie in dieser Ausgabe.

Obwohl einige Themen wieder im Alltag angekommen sind, ist die Krise nicht vorbei, und grosse Herausforderungen müssen zukünftig bewältigt werden. Im Vergleich zum Ausland hat sich unsere Wirtschaft sehr gut geschlagen, und viele Arbeitsplätze konnten durch die rasche und unbürokratische Unterstützung vorübergehend gesichert werden. Das kommt nicht von ungefähr und sei unter

anderem der Zurückhaltung bei der Regulierung und Besteuerung im internationalen Vergleich gedankt. Unternehmen haben nach wie vor Vertrauen in den Standort Zürich und möchten hier investieren und Arbeitsplätze schaffen.

Es war schon immer richtig, dass wir uns für einen attraktiven Standort, gute Rahmenbedingungen und für ein ausgeglichenes Budget eingesetzt haben. Wir werden uns auch weiterhin dafür einsetzen, damit unsere Arbeitsplätze auch in Krisen gesichert sind. Wer meint, eine Krise lasse sich mit staatlichen Interventionen, Steuererhöhungen und Vorschriften besser bewältigen, hat aus der Geschichte nichts gelernt und glaubt wohl, dass das Geld auf den Bäumen wächst. Die Arbeitsplätze kommen nur dann zurück und der Wohlstand ist nur dann gesichert, wenn wir weiterhin alle Weichen so stellen, dass wir zu den Top-Wirtschaftsstandorten gehören. Und ein Top-Wirtschaftsstandort ist die beste Vorsorge für kommende Herausforderungen und Krisen.

**Hans-Jakob Boesch**  
Parteipräsident FDP Kanton Zürich

«Es war immer richtig, dass wir uns für einen attraktiven Standort, gute Rahmenbedingungen und für ein ausgeglichenes Budget eingesetzt haben.»

## AGENDA

### 25. September 2020, 18.30 Uhr

Verleihung «Gaht's-No!-Priis» 2020 /  
Sessionsapéro

Ort: TGIM, Löwenstrasse 17, 8001 Zürich

### 27. Oktober 2020, 19 Uhr

a. o. Delegiertenversammlung FDP Kanton Zürich  
Ort: Glockenhof (mit Vorbehalt)

### 7. November 2020, 9 bis 13 Uhr

Umwelt- und Energieworkshop für Städte und  
Gemeinden (ein Anlass der Fachkommission  
Energie und Umwelt)

Ort: wird noch bekannt gegeben

### 10. November 2020

Türöffnung: 19.30 Uhr / Beginn: 20 Uhr

5. Forum der FDP Bezirk Meilen: «Generationen-  
vertrag in der Krise»

Ort: Gasthof zum Löwen, Seestrasse 595,  
8706 Meilen

## Strassengesetz

# Nein zur Verlotterung der Infrastruktur

Mit der Revision des Strassengesetzes würden dem Kanton Mittel für Bau und Unterhalt von Strassen entzogen. Damit die Zürcher Infrastruktur nicht verlottert, braucht es am 27. September ein Nein.

Die Investitionen für Strassenbau schwanken jährlich. Deshalb werden Projekte vorfinanziert und innerhalb von 40 Jahren vom Strassenfonds zurückbezahlt. Diese Methode sorgt für die Glättung der Ausgaben. Damit wird die Planung erleichtert und sichergestellt, dass die zweckgebundenen Abgaben der Automobilisten korrekt eingesetzt werden.

Der Strassenfonds hat aktuell Verpflichtungen gegenüber dem Kanton von 1,8 Mrd. Franken, verfügt aber nur über ein Vermögen von 1,3 Mrd. Franken. Mit der Änderung des Strassengesetzes sollen dem Fonds Einnahmen entzogen werden. Schlussendlich könnte der Fonds seine Verpflichtungen nicht erfüllen, und der Kanton würde auf den Kosten sitzenbleiben.

## Infrastruktur verlottert

Aus dem Strassenfonds wird der Unterhalt der gesamten Strasseninfrastruktur bezahlt. Sinken die Einnahmen, leidet der Unterhalt. Die Strassen im Kanton Zürich würden langsam verlottern. Dringende Bauprojekte könnten nicht oder nur mit Verzögerung realisiert werden.

## Kosten steigen

Mit der Vorlage würden Mittel des Strassenfonds an die Gemeinden umgeleitet. Diese müssten sicherstellen, dass die Abgaben der Automobilisten für Strassenbauprojekte eingesetzt werden. Da das Geld unabhängig von Bedarf und der finanziellen Situation verteilt würde, müssten die Gemeinden schlimmstenfalls unnötige Bauprojekte umsetzen, um diese Vorgabe einzuhalten. Der Kontrollaufwand wäre riesig – und ein neues Bürokratiemonster die Folge.

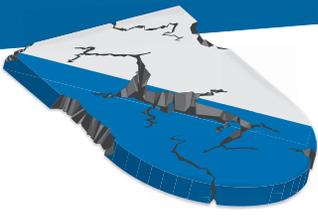
## Alle verlieren

Die Mittel für den Strassenbau würden mit der Vorlage nicht dort eingesetzt, wo sie tatsächlich benötigt werden. Darunter leiden alle Verkehrsteilnehmenden. Auch Ausbauschritte für öV, Velos und Fussverkehr werden mit dem Strassenfonds finanziert.

## Darum Nein

Mit der Änderung des Strassengesetzes wird ein bewährter Mechanismus ohne Mehrwert gefährdet. Am 27. September braucht es deshalb ein klares Nein.

**Infrastruktur verlottert, Kosten steigen, alle verlieren.**



**NEIN** zur Änderung des Strassengesetzes

 <b>Dieter Kläy</b> Kantonsrat, FDP	 <b>Beatrix Frey-Eigenmann</b> Kantonsrätin, Fraktionspräsidentin FDP	 <b>Christian Müller</b> Kantonsrat und Gemeinderat Steinmaur, FDP
---	---	---

[www.strassengesetz-nein.ch](http://www.strassengesetz-nein.ch)

## Hardturm-Stadion

# Noch einmal Ja zum Stadion!

Am 27. September stimmt das Zürcher Stimmvolk zum vierten Mal über das neue Hardturm-Stadion ab. Leroy Bächtold, Vorstandsmitglied der Jungfreisinnigen Stadt Zürich und der FDP Kreis 7/8, hat sich mit der Nachwuchshoffnung und dem Spieler der ersten Mannschaft der Zürcher Grasshoppers, Robin Kalem, zu einem Interview getroffen. Zwischen den Trainings berichtete Robin Kalem von seinen Erinnerungen an den Hardturm und warum Zürich ein Fussballstadion braucht.

**Hoi, Robin! Besten Dank für deine Bereitschaft, mit mir über den Hardturm zu sprechen! Wie geht es dir? Konntest du das doch sehr nervenaufreibende Ende der Saison schon verarbeiten?** Mir geht es gut. Ja, ich konnte das Ende der Saison schon verarbeiten. Natürlich war es ein sehr hartes Ende, mit dem

niemand in dieser Form gerechnet hatte. Jedoch nehme ich nur das Positive mit, nämlich, dass wir in vielen Matches tollen Fussball gespielt haben.

**Ich mag mich noch gut erinnern, wie ich als Kind mit dem Vater von Höngg zum Hardturm spazierte und dann auf der Osttribüne mit Bratwurst auf den Anpfiff wartete. Wie sehen deine Erinnerungen an den Hardturm aus?** Ich war noch sehr jung. Damals war ich fünf Jahre alt und habe meine ersten Trainings auf dem Gelände des Hardturms gemacht. Jedoch konnte ich damals GC leider nicht mehr im Stadion spielen sehen, da ich in jenem Alter noch nicht an die Matches durfte.

**Ich wünsche mir, wieder einmal ein Spiel in einem richtigen Fussballstadion sehen zu können. Es gibt ja aber einige Gründe, die momentan diskutiert werden. Was ist für dich der wichtigste Grund?** Auf



GC-Nachwuchshoffnung Robin Kalem und Leroy Bächtold, Jungfreisinnige Stadt Zürich.

jeden Fall wieder eine einmalige Atmosphäre! Dass die Fans wieder nah dran sein können und es für die Gegner bei uns wieder richtig ungemütlich wird.

**Das Stadion soll laut Plan in der Saison 2022/23 eingeweiht werden können, was wünschst du dir für das erste Spiel?** Dass viele Fans kommen. Es wäre ein unglaublich schönes Gefühl, viele Fans auf den Rängen zu sehen und natürlich beim ersten Spiel auch auf dem Platz stehen zu dürfen und zu gewinnen.

Covid-19-Pandemie

## Gemeindepolitiker/-innen sind Krisenmanager

So lautete der Titel eines Artikels im «Blick» vom 4. August 2020. Auch wenn wie vom Boulevard-Blatt gewohnt marktschreierisch formuliert, hat diese Zuspitzung doch viel Wahres. Gemeinden und Städte sind die vielbeschworenen Pfeiler unseres Staatswesens, und nach der Ankündigung der ausserordentlichen Lage in der Schweiz durch den Bundesrat und den Kanton Zürich haben die Behörden bewiesen, dass sie eine Krisensituation, wie sie die Covid-19-Pandemie heraufbeschworen hat, zu meistern imstande sind.

### Umsetzung und Kommunikation von Massnahmen

Eine Rückblende bestätigt das. Die ausserordentliche Lage und die Schliessung der Schulen wurden vom Bundesrat am Freitag, 13. März, angekündigt und sollten bereits am Montag, 16. März, Gültigkeit haben. Mit diesem Entscheid wurde ein ganzes Bündel an Massnahmen wirksam, welches vor allem verhindern sollte, dass unser Gesundheitswesen kollabiert. Insbesondere sollte dadurch auch das Ansteckungsrisiko und damit die Lebensgefahr für besonders gefährdete Personen reduziert werden. Fortan galt es, Abstandsregeln und Hygienevorschriften zu kommunizieren und die Bevölkerung zu motivieren, sie auch einzuhalten. Aber auch die Durchsetzung des Versammlungsverbot erwies sich als eine der grossen Herausforderungen. Gerade Hotspots wie Seezugänge oder Ausflugsziele erforderten gemeindeübergreifende Absprachen und eine intensive Zusammenarbeit mit den verschiedenen Polizeiorganisationen. Aber auch das Besuchsverbot in Alters- und Pflegeeinrichtungen erwies sich als Knackpunkt für Bewohnerinnen und Bewohner, aber auch für die Angehörigen. Öffentliche Einrichtungen, Zivilschutz oder Spitex mussten sich ohne Verschnaufpause auf die neue Situation ausrichten und die Versorgungssicherheit all jener Menschen sicherstellen, welche die Wohnung nicht oder nicht mehr verlassen durften. Daneben stellte sich die Frage der Verteilung von Masken und Schutzmaterial. Die Umstellung der Verwaltungstätigkeit auf den Betrieb im Homeoffice und das Verbot von Präsenzsitzungen war ebenfalls nicht einfach, bedingte die Umstellung von Abläufen und beeinträchtigte alltägliche Ereignisse wie das Durchführen von Hochzeiten oder Abdankungen.

Neben den knappen Zeitverhältnissen für die Umsetzung der Massnahmen war es aber nicht die einzelne Aufgabe, die das Ganze zu einem Kraft-

akt werden liess, sondern deren grosse Vielfalt sowie die Tatsache, dass viele Städte und Gemeinden höchst unterschiedlich aufgestellt sind.

### Gemeindeführungsorganisation und Tagesgeschäft

Schon in einer frühen Phase des Lockdowns wurde klar, dass dieser nicht ohne wirtschaftliche Folgen bleiben würde. Kurzarbeitsentschädigung wurde schnellstmöglich verfügbar gemacht. Klar wurde aber auch, dass Selbstständigerwerbende und Kleinstunternehmer massiv betroffen sein werden. Um sie zu unterstützen, stellte der Kanton Zürich beinahe postwendend ein Hilfspaket im Umfang von 15 Mio. Franken zur Verfügung, sogar bevor die Banken ihre bundesgarantierten Kreditschleusen öffneten. Für die Verteilung der Unterstützungsgelder sollten richtigerweise die Gemeinden zuständig sein. Eine weitere anspruchsvolle Aufgabe. Schliesslich mussten die Gemeinden den Betrieb der Kindertagesstätten und Kinderhorte auf Geheiss der Regierung aufrechterhalten oder zumindest deren Fortbestand sicherstellen.

Organisatorisch übernahmen die für Krisensituationen bestehende Gemeindeführungsorganisationen die Koordination der nötigen Massnahmen. Hier musste sich zuerst eine gewisse Sicherheit in den Abläufen einspielen. Daneben ging es aber auch darum, den normalen Geschäftsgang, quasi das Tagesgeschäft, aufrechtzuerhalten. Prioritär war es, die für die Bewältigung dieser ausserordentlichen Lage erforderlichen finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen. Diese lagen in der Regel über den Kompetenzen der Exekutiven. Mit einem Sonderbeschluss der Regierung wurde es möglich, diese Beschlüsse trotz Aussetzen der Parlamentsitzungen und des Verbotes von Gemeindeversammlungen zu fällen.

### Vorsichtiges Hochfahren mit Schutzkonzepten

Ab April wurden Schutzkonzepte allgegenwärtig. Sie wurden die Basis für die Aufnahme des reduzierten Schulbetriebes, und nach und nach wurde der Versuch unternommen, sich vorsichtig einer gewissen Normalität anzunähern. Diese Phase der Krise ist geprägt von einer hohen Unsicherheit. Wie viel Freiheit, wie viel Normalität ist richtig und soll wieder möglich werden? Beispielhaft ist da die Kontroverse um die Durchführung der Bundesfeiern. Sollten sie möglich sein – mit entsprechendem Schutzkonzept –, oder ist das Risiko zu gross? Wie sieht es aus mit Wochenmärkten und anderen Veranstaltungen? Dürfen wieder mehr als 1000 Menschen zusammenkommen, und wenn ja, unter welchen Bedingungen? Wie viele Menschen



Jörg Kündig

dürfen die im Sommer so beliebten Badis besuchen, sind Sportanlässe wieder möglich? Immerhin waren jetzt Gemeindeversammlungen und Parlamentsitzungen wieder durchführbar. In diesen Regelstrukturen konnten Städte und Gemeinden dadurch beispielsweise lang erwartete Investitionsentscheide wieder fällen.

Es ist noch zu früh, eine abschliessende Bilanz zu ziehen, denn die Pandemie wird uns noch weiter beschäftigen, und eine seriöse Analyse braucht Zeit. Verbesserungspotenzial gibt es sicherlich, einerseits bei der Koordination und Zusammenführung der unterschiedlichen Interessen der Fachgebiete, angefangen von der Gesundheit über die Sicherheit bis hin zur Bildung. Insbesondere auch über die verschiedenen staatlichen Ebenen hinweg. Ebenfalls hat sich gezeigt, dass Vorbereitung für ausserordentliche Situationen auch Training nötig macht. Auch wenn sich die wirtschaftlichen Konsequenzen noch schwer abschätzen lassen, ist ein antizyklisches Verhalten gefordert und gewöhnungsbedürftig. Dennoch kann ich an dieser Stelle festhalten, dass Gemeinden und Städte bis jetzt ihre Aufgaben sehr gut gemeistert haben. Sie haben unter Beweis gestellt, dass sie zu Recht als wichtige Pfeiler unseres Staatswesens gelten. Ebenfalls eine herausragende Rolle bescheinige ich den Behörden. Sie haben einen sehr guten Job gemacht. Ihnen gebührt mein Dank.

**Jörg Kündig, Gemeindepäsident Gossau ZH, Präsident des Gemeindepräsidentenverbandes Kanton Zürich und Kantonsrat**

FDP Kantonsratsfraktion

## Fraktionsseminar vom 21./22. August 2020

Die FDP Kantonsratsfraktion hat sich am 21. und 22. August im Kloster Kappel am Albis zum jährlichen Fraktionsseminar getroffen. Gestartet wurde mit Inputreferaten von Regierungsrätin Carmen Walker Späh, Ex-Polizeikommandant Thomas Würgler, dem Leiter der kantonalen Finanzverwaltung, Basilius Scheidegger, und dem Präsidenten der FDP Corona-Arbeitsgruppe, Andi Juchli. Unsere Volkswirtschaftsdirektorin legte die tiefgreifenden wirtschaftlichen Folgen von Corona für den Kanton Zürich und die Schweiz und den Kampf dagegen eindrücklich dar. Auch Basilius Scheidegger betonte, wie wichtig eine funktionierende Wirtschaft für die Finanzierung der Staatsaufgaben und die durch die Krise verursachten Schulden ist. Zudem bedankte er sich für die unter Federführung der FDP erwirkte politische Erklärung aller Fraktionen zu Beginn des Lockdowns; sie war für Regierung und Verwaltung handlungsleitend. Thomas Würgler strich insbesondere die Bedeutung von aussagekräftigen Daten und bewährten Strukturen und Prozessen für das Krisenmanagement heraus. Für die FDP-Arbeitsgruppe Corona ist es wichtig, dass die Krise nicht einseitig aus gesundheitlicher oder wirtschaftlicher Optik betrachtet wird, sondern alle relevanten Aspekte berücksichtigt werden. Bei der Krisenbewältigung sollen die bewährten liberalen Grundsätze Eigenverantwortung vor Lenkung und vor Verbot/Gebot beherzigt werden. In der anschliessenden Diskussion war man sich einig, dass der Kanton Zürich bei der Bewältigung der akuten Krisen eine Schlüsselrolle für die ganze Schweiz hatte. Ebenfalls unbestritten war, dass uns das Virus noch längere Zeit begleiten wird und wir Wege finden müssen, trotz-

dem leben und arbeiten zu können. Einschränkende Massnahmen sollen deshalb grundsätzlich zurückhaltend, evidenzbasiert, gezielt und unter Abwägung der gesundheitlichen, wirtschaftlichen und sozialen Folgen getroffen werden. Die Fraktion begab sich dann in ihre Arbeitsausschüsse und diskutierte, inwieweit Corona eine Anpassung der Legislaturziele erfordert und mit welchen Vorstössen die Fraktion den Kanton Zürich in der aktuellen Situation stärken kann.

Den Abschluss des ersten Tages krönte der Abschiedsapéro von alt Kantonsrat Peter Vollenweider unter dem Nussbaum mit Blick auf ein herrliches Bergpanorama. Und weil es so schön war und es noch viel zu politisieren und philosophieren gab, zog es einen Teil der Fraktion nach dem Abendessen anstatt ins Bett weiter in den Klosterkeller. Trotzdem standen sie am nächsten Morgen parat zum Sonnenaufgangsyoga. Entspannt und geerdet ging es in den zweiten Tag. Fraktionspräsidentin Beatrix Frey-Eigenmann eröffnete mit einer Zwischenbilanz zum ersten Legislaturjahr. Sie hielt fest, dass sich die Fraktion im Kantonsrat auch unter den neuen Mehrheitsverhältnissen als konstruktive und treibende Kraft engagiert und kompetent einbringt. Das zeigt sich nicht nur an den mehr als 80 eingereichten Vorstössen, sondern auch daran, dass es dank Kompromissvorschlägen der FDP gelungen ist, verschiedene Gesetze zu «retten» oder in unserem Sinne zu verbessern. Leider erhalten diese Bemühungen nicht immer die nötige öffentliche Aufmerksamkeit, da für die Medien der Disput zwischen «Klima-Allianz» und «Oppositionspartei SVP» offensichtlich reizvoller ist. Mit Corona ist die Sensibilität für wirtschafts- und



Hans-Peter Brunner, Beatrix Frey-Eigenmann und Peter Vollenweider.

finanzpolitische Themen gestiegen. Die anschliessende Präsentation der Arbeitsgruppen zeigte, dass viele Ideen bestehen, wie dem Kanton Zürich in diesen herausfordernden Zeiten Schub verliehen werden kann. So wurde intensiv diskutiert, mit welchen – allenfalls befristeten – Massnahmen Arbeitsmarkt-, Betriebs- und Öffnungszeiten reguliert werden können, um Arbeitsplätze zu erhalten bzw. neue zu schaffen.

Im letzten Teil reflektierte die Fraktion ihr eigenes Arbeiten und ihre Spielregeln. Nun geht es mit neuen Ideen, Elan und viel Motivation zurück in den Kantonsrat, um das Besprochene in die Tat umzusetzen und die Politik im Kanton Zürich mit freisinnigen Ideen zu prägen.



Die Kantonsratsfraktion am Fraktionsseminar im Kloster Kappel.

FDP Stadt Zürich

## Carte blanche für den Stadtrat? – Neuregelung Finanzkompetenzen für den Erwerb von Liegenschaften

Wer schon einmal in Immobilien investiert hat, weiss, dass etliche Drittparteien beteiligt sind; Verkäufer, Käufer, Banken und bei Privaten Pensionskassen zur Finanzierung. Wenn die Stadt Zürich kauft, kommen der Gemeinderat und bei hohen Beträgen die Wahlberechtigten ins Spiel. Bisher durfte der Stadtrat gemäss Gemeindeordnung (GO) seit 2002 Anlagen im Wert von bis zu 2 Mio. Franken in Eigenregie kaufen. Bei Beträgen ab 2 Mio. Franken hat der Gemeinderat ein Wort mitzureden. In einer Ausnahmeregelung in der GO heisst es: «... betragslich unbegrenzt für Kaufgeschäfte, die keinen Aufschub dulden». Davon hat die Stadt bereits regelmässig Gebrauch gemacht. Zum Beispiel 2017 bei zwei Liegenschaften an der Neufrankengasse, besser bekannt als die «Gammelhäuser», im Wert von 26,1 Mio. Franken und 2013 beim «Koch-Areal» für 70,2 Mio. Franken. Der Gemeinderat hatte nichts zu sagen. Das darf nicht sein!

2018 wurde der Stadtrat mittels Motion beauftragt, dem Gemeinderat eine Weisung für eine Än-

derung der GO vorzulegen, wonach der Stadtrat zur Erfüllung kommunaler Aufgaben in eigener Kompetenz Grundstücke und Liegenschaften kaufen kann (z. B. für Schulen). Diese sollen innerhalb von zwei Jahren vom Finanz- ins Verwaltungsvermögen transferiert werden. 2019 wurde die Weisung in der zuständigen Spezialkommission Finanzen heftig diskutiert.

Kurz, es geht darum, die bestehenden Anlagenlimiten aufzuheben und dem Stadtrat freie Hand zu geben. Zeitnahe Information wurde versprochen. Ehrlich? Wenn wir von den Käufen erfahren, ist das ganze Geschäft abgeschlossen, und es kann nicht mehr eingegriffen werden.

Es kann und darf nicht sein, dass die Stadt frisch fröhlich Liegenschaften und Landreserven kauft, ohne vorher den Gemeinderat zu fragen. Es gilt zu verhindern, dass noch mehr «Gammelhäuser» und «Koch-Areale» im städtischen Portfolio landen, ohne vorher die entsprechenden Gremien miteinzubeziehen. Auch wenn der Stadtrat der zuständi-



Sabine Koch



Përparim Avdili

gen Kommission beteuert hat, dass es sich nicht um einen Blankocheck handelt. Damit keine Cartes blanches leichtsinnig ausgenutzt werden, ist am 27. September ein klares Nein nötig.

**Sabine Koch, Gemeinderätin**  
**Përparim Avdili, Gemeinderat**

Kündigunginitiative

## Keine Gefährdung unserer langjährigen Erfolgsgeschichte

Die Kündigunginitiative verschafft der Schweiz langfristige Nachteile. Eine Annahme der Initiative wäre verantwortungslos und gefährlich.

Am 27. September wird über die Kündigunginitiative abgestimmt. Das Schweizer Stimmvolk entscheidet damit über die Rahmenbedingungen für die Schweizer Wirtschaft und stellt die Weichen für die zukünftige Europapolitik.

Geht es nach den Initianten, soll die Zuwanderung in die Schweiz künftig ohne Personenfreizügigkeit passieren. Dafür soll das Abkommen mit der EU gekündigt werden. Doch eine Beendigung dieses Dossiers hätte – aufgrund der Guillotine-Klausel – eine Kündigung der gesamten Bilateralen I zur Folge. Ein Schreckensszenario für die Schweiz, mit hohen Kosten für Wirtschaft, Gesellschaft und Arbeitsmarkt.

**Wohlfahrt, Innovationspotenzial und Wirtschaftsleistung gefährdet**

Mit dem Wegfall der Bilateralen werden Schweizer Unternehmern eine Menge Steine in den Weg gelegt. Der Zugang zum EU-Binnenmarkt, über den heute über die Hälfte des Schweizer Aussenhandels läuft, wird erschwert. Konkret bedeutet das:

technische Handelshemmnisse, neue Zölle und der Verlust der Rechtssicherheit. Eine Schwächung der Wettbewerbsfähigkeit und Attraktivität des Schweizer Wirtschaftsstandortes ist vorprogrammiert. Schliesslich ist die Schweizer Wirtschaft stark mit dem Ausland verflochten.

Forschung und Innovation würden bei einem Wegfall der Bilateralen I ebenfalls Schaden nehmen. Denn ohne die Bilateralen verlieren Schweizer Hochschulen und Forschungsinstitute den Zu-

gang zu europäischen Fördergeldern, Forschungsprojekten und hochqualifizierten Fachkräften.

Der Standort Zürich mit seinen international vernetzten Unternehmen und Weltklasse-Forschungsinstituten wäre von einer Annahme der Kündigunginitiative besonders betroffen. Für unsere Wirtschaft und Forschung sind gute und gezielte Beziehungen mit der EU äusserst wichtig. Es wäre verantwortungslos, unsere Errungenschaften – gerade in unsicheren Zeiten wie diesen – durch die Annahme dieser Initiative zu gefährden.

[www.nein-zur-kuendigunginitiative-zh.ch](http://www.nein-zur-kuendigunginitiative-zh.ch)

NEIN

zur radikalen Kündigunginitiative

Keine verantwortungslosen Experimente: Die Initiative gefährdet die stabile Beziehung zur wichtigsten Handelspartnerin.

kündigung-nein-zh.ch



**Carmen Walker Späh**  
Regierungsrätin, FDP



**Hans-Jakob Boesch**  
Präsident FDP Kanton Zürich



**Regine Sauter**  
Direktorin Zürcher Handelskammer, Nationalrätin, FDP



**Christian Müller**  
Präsident Vereinigung Zürcherischer Arbeitgeber-Organisationen, Kantonsrat, FDP

FDP Die Liberalen

SP

CVP

EVZ

glp

ZÜRCHER HANDELSKAMMER

VZAI

Unternehmergruppe Wettbewerbsfähigkeit

Zürich, Switzerland. Arbeitgeber Zürich

NZK

BANKENVERBAND

ZÜRCHER ANZEIGER VERBAND

VEREINIGUNG ZÜRCHERISCHER ANZEIGERORGANISATIONEN

Nr. 3 | 4. September 2020

7

Jungfreisinnige Kanton Zürich

# Enkelstrategie: Kapitel 1

«Ich will Aufbruch!», forderte Petra Gössi an der Delegiertenversammlung im Januar und lanciert nun mit der Enkelstrategie den folgerichtigen Tatbeweis. Noch einige Wochen früher – Anfang November letzten Jahres – haben eine Gruppe aus Jungfreisinnigen und FDP-Parlamentariern begonnen, das inoffizielle erste Kapitel der Enkelstrategie zu schreiben. Dieses Kapitel dreht sich um die AHV, welche in den nächsten 25 Jahren ein Defizit von 200 Mrd. Franken anhäufen wird. Eine unvorstellbare Summe, neben der die Corona-Schulden fast vernachlässigbar klein erscheinen ...

Damit es nicht so weit kommt, haben wir die Renteninitiative lanciert. Sie setzt direkt am Hauptproblem an: der steigenden Lebenserwartung. Dies führt dazu, dass das finanzielle Gleichgewicht je länger, je mehr aus den Fugen gerät.

Denn während die Anzahl Rentnerinnen und Rentner stark zunimmt, stagniert die Erwerbsbevölkerung. Um dieses drohende Ungleichgewicht vorzeitig zu verhindern, soll deswegen das Rentenalter bis 2032 auf 66 Jahre erhöht und anschliessend an die Zunahme der Lebenserwartung gekoppelt werden. Eine Lösung, wie sie in Europa bereits heute in vielen Ländern existiert oder geplant ist und die sicherstellt, dass die AHV-Finzen langfristig stabilisiert werden können (weitere Infos auf [renten-sichern.ch](http://renten-sichern.ch)).

Die Arbeiten dieses ersten Kapitels sind in vollem Gange: Tagtäglich stehen Jungfreisinnige mit altfreisinniger Unterstützung auf der Strasse und sammeln Unterschriften. Der Anfang ist geschafft, doch die Vollendung des Kapitels gelingt nur zusammen mit Ihnen. Wir bitten deswegen um Unter-

stützung direkt auf der Strasse – aber auch um einen finanziellen Beitrag.

Denn unsere Volksinitiative benötigt bis zur Einreichung im Juli 2021 knapp 500'000 Franken – u. a. für Druck, Versände, Events und Beglaubigungen (ein detailliertes Budget teile ich gerne auf Anfrage). Isoliert betrachtet ein grosser Betrag. Doch in der Gesamtsicht des drohenden 200-Mrd.-Franken-Defizits eben doch verschwindend klein.

Klein ist auch der Beitrag, der jeder einzelne Freisinnige leisten muss, damit wir das erste Kapitel der Enkelstrategie in elf Monaten erfolgreich abschliessen können. Doch notwendig ist er, dieser Beitrag – und sei er auch noch so klein. Denn in der Summe schaffen wir so etwas Grosses: die Sanierung unserer AHV!

**Patrick Eugster**  
Präsident Komitee Renteninitiative

FDP Stadt Winterthur

# Bürgerliche Politik ist nun wichtiger denn je

Urs Hofer überzeugte im Winterthurer Stadtratswahlkampf mit starken Botschaften und vertrat die freisinnigen Werte beispielhaft. Für eine Mehrheit reichte es aufgrund der Konstellation leider nicht, um den Stadtratssitz von Barbara Günthard-Maier zu verteidigen. Urs Hofer ist und bleibt ein Leader der jungen, modernen Generation FDP, welcher sich als Fraktionspräsident im Winterthurer Gemeinderat nun umso stärker für eine innovative Arbeitsstadt, eine attraktive Wohnstadt und eine moderne Bildungsstadt einsetzen wird.

Bürgerliche Politik ist nun wichtiger denn je. Die Ansiedelung neuer Unternehmen und guter Steuerzahler/innen sind zentrale Elemente für die Zukunft Winterthurs. Ebenso braucht es nun finanzielle Disziplin, um Spielraum für die notwendigen Weichenstellungen der nächsten Jahre zu schaffen.

Im Rahmen des Wahlkampfes konnte die FDP Winterthur bei verschiedenen Gelegenheiten die Stärken und Werte freisinniger Politik vertreten: Parteipräsidentin Petra Gössi unterstrich mit ihrer Teilnahme am Wahlauftritt die Wichtigkeit der urbanen Werte des Freisinns, Nationalrat Andri Silberschmidt hob bei seiner Teilnahme an einem Podium zu Innovation und Start-ups die herausragenden Qualifikationen von Urs Hofer (nicht nur) in diesem Themenfeld hervor – und beim Schluss-

mobilisierungsevent auf dem Winterthurer Neumarkt legten Vertreter/innen der bürgerlichen Partner und der Wirtschaftsverbände eindrücklich dar, warum es bürgerliche Politik in Winterthur im Rahmen der neuen Konstellation im Stadtrat nun umso mehr braucht.

Die FDP Winterthur dankt Urs Hofer herzlich für seinen riesigen Einsatz im Wahlkampf – und allen Unterstützer/innen, insbesondere aus der Parteibasis, für das grosse Engagement auf der Strasse,

im persönlichen Umfeld, finanziell und ideell. Wir stecken den Kopf nicht in den Sand und sind nun umso motivierter, mit den bürgerlichen Partnern im Rahmen der Gesamterneuerungswahl 2022 eine (mindestens!) angemessene bürgerliche Vertretung im Winterthurer Stadtrat wiederherzustellen.

**Severin Hosang**  
Geschäftsführer/Wahlkampfleiter  
FDP Winterthur



Stadtratskandidat Urs Hofer konnte auf zahlreiche Unterstützung aus der FDP-Basis zählen.

FDP Frauen Kanton Zürich

## Alter Zopf ab – Individualbesteuerung her!

Vor 15 Jahren hat der Bundesrat von der FDP den Auftrag erhalten, eine Gesetzesvorlage zur Individualbesteuerung auszuarbeiten – nichts ist passiert. Dabei würde damit auch gemäss einer jüngst publizierten Avenir-Suisse-Studie der Weg zur besseren Nutzung des Frauenpotenzials im Erwerbsleben geebnet.

Mit Blick auf die Abstimmungsvorlage vom 27. September zur steuerlichen Berücksichtigung der Kinderdrittbetreuungskosten haben die FDP Frauen Schweiz Stimmfreigabe beschlossen. Zwar wird die Erhöhung des Fremdbetreuungsabzugs begrüsst, der mit vergleichsweise tiefen Steuerausfällen die Erwerbsbeteiligung beider Elternteile fördert. Vorbehalte bestehen indes gegenüber der zweiten Hälfte der Vorlage, dem allgemeinen Kinderabzug.

### Individualbesteuerung mit grosser Wirkung

Die aus volkswirtschaftlicher Sicht teure Entlastungsmassnahme hätte geringe (oder gar negative) Auswirkungen auf die Berufstätigkeit und das Arbeitspensum von Müttern. Verfolgt man das Ziel einer deutlich höheren Beteiligung von Frauen im Arbeitsmarkt, ist gemäss einer jüngst publizierten Avenir-Suisse-Studie die Individualbesteuerung

das wirkungsvollere Instrument: Die Erwerbstätigkeit dürfte um rund 20000 Vollzeitstellen zunehmen und vergleichsweise geringe Steuerausfälle nach sich ziehen.

Die gemeinsame steuerliche Veranlagung der Ehepaare führt heute dazu, dass das Einkommen der Frauen – zumeist die Zweitverdienenden – zu einem deutlich höheren Steuersatz besteuert wird, als das bei einer individuellen Veranlagung der Fall wäre. Das bestehende Steuersystem setzt also für verheiratete Frauen den Anreiz, nicht oder nur in tiefen Pensen zu arbeiten.

### Forderung der FDP schon unter Fulvio Pelli

2005 hatte das Parlament aufgrund einer FDP-Motion den Bundesrat beauftragt, «so rasch wie möglich unter Einbezug der Kantone einen Gesetzesentwurf vorzulegen, welcher den Übergang von der



Pia Guggenbühl

Ehepaar- und Familienbesteuerung zur zivilstands-unabhängigen Individualbesteuerung vorsieht». Sprecher seitens der FDP war der damalige Parteipräsident Fulvio Pelli. Doch dieser Auftrag wurde bis heute nicht umgesetzt.

Das Anliegen bleibt auch nach dem 27. September höchst aktuell – mit der Neuauflage der «Heiratsstrafe»-Initiative der CVP. Dieser gegenüber würde die Individualbesteuerung aufgrund der Unabhängigkeit vom Zivilstand sowohl «Strafe» als auch «Vorteil» einer Heirat beheben. Höchste Zeit für ein faires und zeitgemässes System!

**Pia Guggenbühl, Vizepräsidentin FDP Frauen Kanton Zürich und Gemeinderätin Küsnacht**

Kanton Zürich

## Herzlichen Dank, Carmen und Dieter!

Am 6. Mai 2019 wurde Carmen Walker Späh zur Regierungspräsidentin gewählt und Dieter Kläy zum Kantonsratspräsidenten und damit zum höchsten Zürcher erkoren. Damals wussten beide noch nicht, dass sie im Frühjahr 2020 eine wichtige Rolle während der Corona-Pandemie im Kanton Zürich spielen werden.

Dieter Kläy wurde mit einem sensationellen Wahlergebnis von 174 von 177 Stimmen zum Ratspräsidenten gewählt und hat das dannzumal frisch zusammengesetzte Parlament souverän und stets zielgerichtet durch 52 Ratssitzungen dirigiert. Auch nach dem Ausrufen der «besonderen Lage» hat Dieter Ruhe bewahrt und zusammen mit der Geschäftsleitung und den Parlamentsdiensten dafür gesorgt, dass die Legislative ihre Aufgaben jederzeit situationsgerecht wahrnehmen konnte. Mit dieser umsichtigen Führung konnte sichergestellt werden, dass unsere demokratischen Institutionen auch in ausserordentlichen Lagen funktionieren.

Auch Carmen Walker Späh, unsere Regierungsrätin und Volkswirtschaftsdirektorin sowie bis im vergangenen Mai Regierungspräsidentin, spielte eine sehr wichtige Rolle. Nach dem ausgerufenen



Dieter Kläy und Carmen Walker Späh bei ihrer Verabschiedung als Kantonsratspräsident und Regierungsratspräsidentin im Mai im Kantonsrat.

Lockdown hat sie zusammen mit dem Regierungsrat die «Covid-Vorlagen» des Kantons rasch dem Kantonsrat vorgelegt. Dank der speditiven Arbeit des Regierungsrates unter der Leitung von Carmen Walker Späh konnte die Geschäftsleitung des Kantonsrates die Vorlagen bereits im März vorberaten und verabschieden. Auch in ihrer Rolle als Volks-



wirtschaftsdirektorin hat sie dafür gesorgt, dass Tausende Arbeitsplätze im Kanton Zürich vorübergehend unbürokratisch und schnell gesichert werden konnten.

Herzlichen Dank unserer Amtsträgerin und unserem Amtsträger für den ausserordentlichen Einsatz für den Kanton Zürich.

## Wirtschaft und KMU

Die SP versucht, sich als wirtschaftsfreundlich darzustellen – tatsächlich sorgen ihre Rezepte für viele geschlossene Türen und verlorene Arbeitsplätze.



### Die SP – (k)eine Wirtschaftspartei?

Was in den SP-Papieren wirklich steht – eine Analyse

Kurz nach der Sommersession im Juni spielte sich die SP als Verteidigerin der KMU auf. Die SP – eine Wirtschaftspartei? Mitnichten! Ein Blick in ihr Corona-Positionspapier «Solidarisch gegen die Krise» lässt tief blicken.

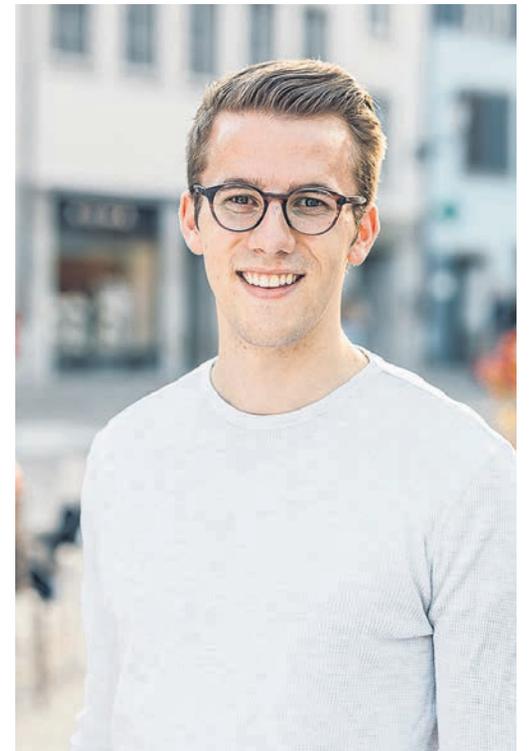
Grundsätzlich schwebt der SP vor, mit zusätzlichen Steuergeldern die Wirtschaft zu «fördern». Um die Finanzierung sicherzustellen, will die SP einen «Krisenfonds» einrichten. Dabei stellt sich die Frage, wie dieser finanziert werden soll. Diese Frage beantwortet die SP gleich selbst, zahlen sollen nämlich: «... die Unternehmen, die in dieser Krisenzeit profitieren ...». Sprich, jedes KMU, welches entweder weniger stark von der Corona-Krise betroffen war oder welches trotz Krise enorme Leistungen erbracht hat, um nicht rote Zahlen schreiben zu müssen. Anstatt dass Unternehmen Reserven für Krisenzeiten bilden können und dies steuerlich belohnt wird, fordert die SP einen «ausserordentlichen Solidaritätszuschlag von 5 Prozent auf die Unternehmenssteuer». Nicht nur verhindert die SP seit Jahren Steuersenkungen, sie fordert sogar noch pauschale Steuererhöhungen. Noch offensichtlicher kann man sich fast nicht gegen die Interessen der KMU stellen.

#### Verstaatlichen und enteignen

Ebenso will die SP, dass die Produktion von «unverzichtbaren Gütern» verstaatlicht werden soll, damit diese in Krisenzeiten eigenständig hergestellt werden können. Mit dieser Forderung greift die SP die Schweizer Wirtschaft frontal an. Die Schweiz ist äusserst stark im internationalen Handel verflochten und kann dadurch ihren Wohlstand stetig steigern. Mit einer Verstaatlichung würde die Wettbewerbsfähigkeit abnehmen und die Schweiz als attraktiver Wirtschaftsstandort geschwächt. Weiter wirken sich protektionistische Massnahmen kontraproduktiv aus, da jeweils mit Gegenmassnahmen der Handelspartner zu rechnen ist. Abgesehen davon verfügt die Schweiz nur begrenzt über eigene Ressourcen, um Güter herzustellen. Sie bleibt selbst bei einer staatlichen Produktion auf die Importe der notwendigen Ressourcen angewiesen. Generell sind die KMU auf einen funktionierenden und weltweiten Handel angewiesen. Drei

Viertel der Exportunternehmen und fast 90 Prozent der Importunternehmen sind KMU. Eine Verstaatlichung käme einer Enteignung ebendieser Betriebe gleich.

Anstatt sich der Problematik des internationalen Handels für KMU anzunehmen, weist die SP darauf hin, dass die Binnennachfrage gestärkt werden muss. Sie ignoriert dadurch einerseits Probleme der KMU und andererseits, dass der internationale Handel zirka 40 Prozent zum Bruttoinlandprodukt beiträgt. Dem Giesskannenprinzip verpflichtet, will die SP Helikoptergeld im Wert von 1,7 Mrd. Franken in Form von Gutscheinen der gesamten Schweizer Bevölkerung verteilen. Die Wirksamkeit solcher Massnahmen ist sehr umstritten und führt nicht selten zu mehr Inflation.



Andri Silberschmidt

#### Fazit

Abschliessend bleibt zu sagen, dass eine KMU-freundliche Politik anders aussieht. Neben den «neuen» Corona-Rezepten hält die SP natürlich an einer staatlich verordneten 35-Stunden-Woche bei 42 Stunden Lohn oder sechs Wochen bezahlten Ferien für alle fest, wie in ihrem Wirtschaftspapier «Unsere Wirtschaft – Vorschläge für eine zukunftsfähige Wirtschaftspolitik 2019–2029» dargelegt wird. Die Corona-Krise hat die Wirtschaftspolitik der SP nicht verändert. Im Gegenteil, sie setzt sich weiterhin für mehr Bürokratie, Steuern und restriktive Vorschriften für KMU ein.

Andri Silberschmidt, Nationalrat ZH

KMU und Selbstständige brauchen konkrete Antworten, um die Wirtschaftskrise zu überstehen.



KMU und Selbstständige brauchen konkrete Antworten, um die Wirtschaftskrise zu überstehen. Wie Sie auf der vorherigen Seite lasen, versucht die Linke, die Corona-Krise zu nutzen und sich als Hüterin der KMU zu inszenieren. Nichts ist weiter weg von der Realität. Die FDP hingegen setzt sich täglich für Arbeitsplätze und KMU ein. Nationalrätin Daniela Schneeberger (BL) hat einige Beispiele herausgegriffen.

Die FDP steht seit jeher für KMU und Selbstständige ein. Insbesondere kämpfen wir für den Abbau bürokratischer Hindernisse, für die Abschaffung von Handelshemmnissen und Zöllen und für einen funktionierenden Wettbewerb im Inland – mit dem Ziel, Wohlstand und Arbeitsplätze für alle zu schaffen.

Das ist klassisch liberale Politik. Genau diese Art von Politik hat unser Land erfolgreich gemacht und überhaupt erst die umfangreichen Kredite und die Rettung unzähliger Arbeitsplätze in der Corona-Krise ermöglicht.

Ein weiteres wichtiges Element ist die umsichtige Haushaltspolitik: Denken wir etwa an die Schuldenbremse. Sie ist einer der Pfeiler des Erfolgsmodells Schweiz, um die uns das Ausland beneidet.

Sie geriet in den letzten Jahren oft von links und zunehmend auch aus der Mitte unter Attacke. Dank unserem Widerstand wurde zum Glück nicht daran gerüttelt.

### Vorwärtsstrategie wichtiger denn je

Es braucht weiterhin eine starke und liberale Politik. Wir haben im August 2019 eine «Vorwärtsstrategie» für einen wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstandort präsentiert, lange vor Corona. Diese Strategie enthält unsere wichtigsten Forderungen in verschiedenen Bereichen wie Liberalisierung im Inland, Fachkräftemangel, internationale Vernetzung oder Innovation am Arbeitsplatz. Wegen Corona ist die Notwendigkeit dieser Strategie grösser denn je.

### Für rasche Corona-Lockerungen ...

Wie hat sich die FDP seit Ausbruch der Corona-Krise ganz konkret engagiert? Schon am 18. März haben wir einen runden Tisch mit zahlreichen Unternehmern und Branchenvertretern durchgeführt. Daraus resultierte ein offener Brief an Bundesrat Guy Parmelin mit der Forderung nach rascher Hilfe für Unternehmer, Angestellte und Selbstständige.

In unserer Corona-Ausstiegstrategie von Mitte April haben wir Druck gemacht, dass alle Unternehmen ihre Tätigkeit rasch wieder fortsetzen dürfen, sofern sie ihre Mitarbeitenden und ihre Kundenschaft schützen können.



Daniela Schneeberger

### ... gegen Industriezölle

In der Sommersession haben wir uns unter anderem für die Abschaffung der Industriezölle stark gemacht. Das wäre ein einfacher, unbürokratischer Weg, um Konsumenten und Unternehmen um mehrere hundert Millionen jährlich zu entlasten. Doch leider hat die Linke die Abschaffung im Nationalrat verhindert. Sie ruft lieber lauthals nach Konjunkturprogrammen, statt einfachen Sofortmassnahmen zuzustimmen.

Weiter haben wir kurz nach der Sommersession die Verlängerung der Corona-Unterstützungsmassnahmen für KMU und Selbstständige durch den Bundesrat ausdrücklich unterstützt.

Dies sind nur einige Beispiele unserer täglichen Arbeit für Arbeitsplätze und KMU. Mehr finden Sie auf unserer Webseite [www.fdp.ch](http://www.fdp.ch). Auch die Vorwärtsstrategie finden Sie online.

**Daniela Schneeberger, Nationalrätin BL**

# Neue Mitglieder im Parteivorstand

## Klare Wiederwahl von Petra Gössi

Die Delegierten haben Petra Gössi mit 267 von 283 abgegebenen Stimmen sehr deutlich wiedergewählt. Auch die anderen Kandidierenden wurden klar gewählt. Die FDP gratuliert ihnen herzlich zur Wahl und freut sich auf die Zusammenarbeit. Der Vorstand ist nun folgendermassen zusammengesetzt:



**Petra Gössi, Nationalrätin (SZ) und Präsidentin FDP.Die Liberalen (bisher)**

«Wir haben viel Arbeit vor uns. Die nächsten Jahre werden anspruchsvoll. Wir müssen an unseren Inhalten und unseren Strukturen arbeiten. Wir müssen kämpferischer werden. Ich weiss: Das liegt uns nicht per se im Blut als diejenige Partei, die die Schweiz und ihre Institutionen geschaffen hat. Aber ich bin bereit dazu.»



**Andrea Caroni, Ständerat (AR) und Vizepräsident FDP.Die Liberalen (bisher)**

«Liberalismus ist langfristig ein Erfolgsrezept, kurzfristig aber anstrengend. Ich bin äusserst motiviert, diesen Einsatz zu leisten und weiterhin täglich für unsere liberale Ordnung zu kämpfen. Dies mit dem tollen Team, das wir in der FDP von der Basis bis zur Parteileitung bilden.»



**Philippe Nantermod, Nationalrat (VS) und Vizepräsident FDP.Die Liberalen (bisher)**

«Ich bin überzeugt, dass die Schweizer Bevölkerung auf eine politische Partei setzt, die sich für Eigenverantwortung und Freiheit einsetzt. Durch meine tägliche Arbeit und in Zusammenarbeit mit allen freisinnigen Akteuren im Land möchte ich an unserem zukünftigen Erfolg teilhaben.»



**Philippe Bauer, Ständerat (NE) und Beisitzer (neu)**

«Ich bin (neben meiner Frau) in mein Land, seine Institutionen, das Genie seiner Unternehmer verliebt und davon überzeugt, dass nur in einer liberalen Welt jeder und jede wirklich aufblühen und unterstützt werden kann, wenn er oder sie es braucht.»

An der digitalen Versammlung vom 27. Juni 2020 haben die Delegierten den Vorstand neu bestellt. Nicht mehr angetreten waren Christian Lüscher (NR GE), Christian Vitta (RR TI) und Christian Wasserfallen (NR BE), Frédéric Borloz (NR VD), Thierry Burkart (SR AG), Marcel Dobler (NR SG), Christian Scheuermeyer, Daniela Schneeberger (NR BL) und Ruedi Waser. Die Delegierten würdigten ihr grosses Engagement über die letzten Jahre.



**Alex Farinelli, Nationalrat (TI) und Beisitzer (neu)**

«Ich glaube, es ist wichtig, die Sensibilität der italienischsprachigen Schweiz in die nationale Realität einzubringen. Im Bewusstsein, dass es nicht nur darum geht, Haltungen durchzusetzen, sondern vielmehr darum, in einem föderalistischen Geist, in dem die Besonderheiten der verschiedenen Regionen anerkannt werden, eine zukunftsorientierte Schweiz zu schaffen.»



**Andri Silberschmidt, Nationalrat (ZH) und Beisitzer (neu)**

«Wir dürfen Leistungsfähige und Leistungswillige nicht unnötig behindern, aber wir müssen – und hier ist der Staat gleichermassen gefragt wie Private – die Schwächeren in unserer Gesellschaft unter dem Motto «Hilfe zur Selbsthilfe» stützen und unterstützen. Im Vorstand werde ich insbesondere mithelfen, die Partei für die junge und urbane Gesellschaft noch attraktiver zu positionieren.»

**«Ich freue mich sehr über meine klare Wiederwahl. Sie bestätigt mich auf meinem Weg und gibt mir Kraft und Mut für die Zukunft.»**

Petra Gössi nach ihrer Wiederwahl

### Weitere Mitglieder komplettieren das Gremium

Neben diesen Persönlichkeiten besteht der Vorstand aus folgenden Mitgliedern von Amtes wegen: NR Beat Walti (Präsident der FDP-Liberale Fraktion), NR Olivier Feller (Vizepräsident der Fraktion), SR Thomas Hefti (Vizepräsident der Fraktion), Daniel Seiler (Präsident FDP Service Public), NR Susanne Vincenz-Stauffacher (Präsidentin FDP Frauen) und Matthias Müller (Präsident Jungfreisinnige).

Und schliesslich entsendet die Parteipräsidentenkonferenz neu zwei Personen in den Vorstand. Es sind dies Saskia Schenker (Präsidentin FDP BL) und Bertrand Reich (Präsident FDP GE).

Andrea Roth, CEO Geobru gg Group, setzt auf den Produktionsstandort Schweiz.



## In der Schweiz produziert, weltweit im Einsatz

Warum KMU «Nein» zur Kündigungsinitiative sagen

Die Geobru gg AG und ihre Schwesterfirma Fatzer AG entwickeln und produzieren seit 180 Jahren Qualitätsdrahtseile, -netze, -geflechte aus hochfestem Stahldraht – als Lawinenprävention, Böschungssicherungen, Steinschlagbarrieren, Schutzzäune in der Formel 1 und für die spektakulärsten Seilbahnen der Welt. In Romanshorn TG produziert, finden die massgeschneiderten Lösungen weltweit Anwendung.

In Vietnam vertrauen Fahrgäste, die in der längsten Drei-Seil-Umlaufbahn (3S) der Welt in schwindelerregender Höhe den atemberaubenden Ausblick geniessen, auf Tragseile aus dem Schweizer Produktionsunternehmen «Fatzer AG». Auf Formel-1-Rennstrecken in Mexiko City, Sotschi oder Hanoi werden Zuschauende und Fahrende mit mobilen oder stationären Barrieren von Geobru gg geschützt. Die stärkste Steinschlagschutzbarriere der Welt kann 25 Tonnen schwere Brocken mit über 100 km/h stoppen. Die vor 180 Jahren gegründete Fatzer AG und die Geobru gg AG sind Pioniere und behaupten ihre Führungsrollen. «Wir sorgen mit unseren Systemen und Lösungen für den Schutz von Mensch und Infrastruktur», bringt es Andrea Roth, CEO der Geobru gg Group, auf den Punkt. In

den neuen grossen Produktionsräumen im Romanshorn er Industriequartier beschäftigen die beiden Schwesterfirmen heute 265 Mitarbeitende.

### Globales Netzwerk

Die patentierten Stahldraht-Systeme sind weltweit im Einsatz. Doch produziert wird traditionsgemäss im Hochpreisland Schweiz. Tochtergesellschaften und qualifizierte Partner in über 50 Ländern sorgen für Kundennähe. «Unterschiedliche Kulturen erfordern eine gute lokale Verankerung. Gerade bei der Vergabe von öffentlichen Ausschreibungen ist dies von grösster Bedeutung», ist Andrea Roth überzeugt. Zu den Erfolgsrezepten des stark exportorientierten Unternehmens zählen nicht nur das globale Netzwerk, höchste Qualität, patentierte



Aus Schweizer Produktion: Schutzzäune für die Formel 1.

Verlässlichkeit, stete Weiterentwicklung, Planung, Beratung und Service vor Ort, sondern auch eine enge Zusammenarbeit mit international anerkannten Forschungsinstituten. Anforderungen an das Schutzsystem werden simuliert, mit digitalen Dimensionierungstools verlässlich berechnet und mit Härtetests auf eigenen Testanlagen in Eins-zu-eins-Grossfeldversuchen umfassend dokumentiert. Andrea Roth, dessen Karriere bei Geobru gg vor fast 20 Jahren als Projektleiter für eine wegweisende Tunnelsicherung in Australien begann, ist anspruchsvolle Aufgabenstellungen gewohnt. Speziell in Erinnerung bleibt ihm das Schutznetz einer Ölplattform im Persischen Golf als echte Herausforderung. «Nicht nur, weil wir im salzigen Meer die Korrosion mit eigenen Sensoren überwachen, sondern vor allem, weil unser Drahtgeflecht den vielen PS-starken Gegnern – angriffenden Motorbooten – standhalten muss.»

Marie-Theres Brühwiler

### Man darf Schweizer Unternehmern vertrauen

«Wir stellen, wenn immer möglich, Fachleute aus der Umgebung ein und nehmen unsere Verantwortung auch für ältere Arbeitnehmende ernst. Der Mangel an Fachkräften ist gerade in ländlichen Gebieten und Randregionen gross, weshalb wir in unseren beiden Produktionsbetrieben in der Ostschweiz dringend auf ausländische Arbeitskräfte angewiesen sind», sagt Andrea Roth, seit kurzem auch Präsident der Arbeitgebervereinigung Region Romanshorn. «Mit der Annahme der Kündigungsinitiative wären viele sichere Arbeitsplätze in der Schweiz gefährdet. Ich hoffe, dass Schweizerinnen und Schweizer bei der Abstimmung vom 27. September 2020 einmal mehr Weitblick beweisen», so das engagierte FDP-Mitglied.



# Massnahmen für eine krisenresistente Schweiz

Themenpapiere: Mit Kraft aus der Corona-Krise

Das einzig Sichere an Krisen ist: Die nächste kommt bestimmt. Deswegen muss die Schweiz sowohl auf politischer, gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Ebene noch resilienter werden. Nur so können wir uns gegen zukünftige Krisen wappnen. Dazu gilt es, die Eigenverantwortung umfassend zu fördern und die Abhängigkeit vom Staat zu reduzieren.

Voraussetzung für eine krisenresistente Schweiz ist eine umfassende Reflexion der Corona-Krise, um daraus die Lehren zu ziehen. Dies hat die FDP gemacht und sich intensiv mit den Herausforderungen und Lösungsansätzen im Bereich Wirtschaft, Arbeitsmarkt, Politik, Aussenpolitik, Sicherheit, Gesellschaft, Gesundheit und dem Epidemien-gesetz auseinandergesetzt. Dadurch entstanden acht Themenpapiere, die alle gleich aufgebaut sind. Sie umfassen ein Überblick der Herausforderungen, die bisherigen parlamentarischen Interventionen der FDP und unsere mittel- bis langfristigen Forderungen in den jeweiligen Bereichen.

### Vielfältige Herausforderungen

- **Wirtschaft und Arbeitsmarkt:** Die Corona-Krise verdeutlicht die wirtschaftspolitischen Schwächen und damit zusammenhängende Herausforderungen der Schweiz. Durch Kurzarbeit konnten Massenentlassungen zwar zu einem grossen Teil verhindert werden. Doch die Arbeitslosigkeit ist trotzdem gestiegen. Zudem hat sich bei vielen Unternehmen gezeigt, dass die Liquidität für solche Krisen nicht genügend vorhanden ist, was wiederum negative Konsequenzen für Investitionen in Forschung und Entwicklung hat.

- **Gesellschaft:** Die Corona-Krise hat in der

Schweizer Gesellschaft einerseits das grosse Potenzial der Digitalisierung aufgezeigt, andererseits deutliche Schwachpunkte aufgedeckt. Innert weniger Tage wurde beispielsweise ohne grössere Probleme auf Homeoffice umgestellt. Der Übergang in das Homeschooling verlief hingegen weniger reibungslos. Verschiedenste Mängel bei der digitalen Ausstattung und Kompetenz der Schulen sowie die Fragilität der Chancengleichheit in der Bildung wurden offenbart. Der zeitgleiche Ausfall von externen Kinderbetreuungen wiederum liess die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für berufstätige Eltern zu einer kaum bewältigbaren Herausforderung werden.

- **Politisches System:** Der Gesetzgebungsprozess in der Schweiz braucht mehr Zeit als in anderen Staaten. Zeit ist aber in einer Notlage ein rares Gut, weshalb der Bundesrat Notverordnungen erlassen kann. Das Parlament verfügt über die gleiche Kompetenz, kann diese aber nur anwenden, wenn es physisch tagt. Dies war und ist während Corona eine besondere Schwierigkeit.

- **Gesundheitssystem:** Im internationalen Vergleich hat das Schweizer Gesundheitssystem die Krise gut überstanden. Änderungen sind dennoch notwendig. Denn es hat sich beispielsweise gezeigt, dass die Versorgungssicherheit bei medizinischem Material nicht vollumfänglich gewährleistet war. Vor allem muss das Krisenmanagement kritisch analysiert werden.

- **Sicherheit:** In langandauernden Krisen sind die zivilen Behörden auf subsidiäre Unterstützung angewiesen. Armee und Zivilschutz bewiesen in der Corona-Krise, dass sie sich schnell und unbürokratisch mobilisieren und einsetzen lassen. Auch wenn es zu keiner systematischen Unterversorgung der Bevölkerung kam, muss der Mangel an Schutzmaterial kritisch analysiert und korrigiert werden.

- **Aussenpolitik:** Die Corona-Krise hat gezeigt, dass die global diversifizierten Liefer- und Produktionsketten mehrheitlich gut funktionieren. Die Schweiz als eines der stärksten globalisierten Länder ist auch zukünftig auf offene Märkte und gute internationale Rahmenbedingungen angewiesen.

### Zahlreiche Herausforderungen

Weil die Herausforderungen zahlreich sind, fordert die FDP verschiedene mittel- und langfristige Massnahmen, damit zukünftige Krisen besser bewältigt werden können:

### Wirtschaft und Arbeitsmarkt

- Die Schaffung von **liquiden Reserven** für Krisenzeiten soll **steuerlich begünstigt** werden.
- **Tiefe Lohnnebenkosten**, damit Arbeitsplätze erhalten und neue geschaffen werden.
- **Unternehmer** müssen sozial besser **abgesichert** werden, indem freiwillige Versicherungsmodelle und die Erweiterung des Obligatoriums (BVG, UVG) geprüft werden.
- Das **Arbeitsgesetz** muss **flexibilisiert** werden, damit die Vereinbarkeit von Familie und Beruf besser gewährleistet wird.

### Gesellschaft

- Das Bildungssystem muss die nötige **digitale Infrastruktur** inkl. digital-pädagogisch geschultes Lehrpersonal und angepasstes Lehrmaterial aufweisen.
- Die **Chancengleichheit** muss gewahrt bleiben. Dies bedingt, dass alle Lernenden über den Zugang zu einem digitalen Endgerät verfügen.
- Die **E-ID** gilt es **rasch einzuführen**, damit die Behördengänge vermehrt im digitalen Raum abgewickelt werden können. Denn dank der **Digitalisierung** können **Verwaltungsprozesse optimiert** und **Bürokratie** für Bevölkerung und Wirtschaft **abgebaut** werden.

### Politisches System

- Die **Funktionsfähigkeit** des **Parlaments** muss in

jeder Situation **gewährleistet** sein, notfalls müssen **Sitzungen** auch **digital** abgehalten werden können.

- **Politische Rechte** sollen jederzeit wahrgenommen werden können, deswegen muss die **digitale politische Partizipation gefördert** werden. Voraussetzung dafür ist die Einführung eines sicheren E-Voting- und E-Collecting-Systems.

### Gesundheitssystem

- Die Beschaffung von **medizinischen Gütern** muss so organisiert werden, dass die Schweiz eine sechsmontatige **Isolationsphase überstehen** kann.
- Bei erhöhtem Bedarf an **Intensivbetten** muss die **Kapazität** rasch **erhöht** werden können. Dies soll durch eine intensive Zusammenarbeit der privaten und öffentlichen Institutionen erreicht werden.

### Sicherheit

- Die Schweiz muss sich für **alle** wahrscheinlichen **Krisenszenarien wappnen**. Die dafür notwendigen Vorkehrungen müssen getroffen werden.

Dafür gilt es die **Alimentierung** der **Armee sicherzustellen**.

- Bei zivilen Gesundheitskrisen gilt es den **Zivildienst** stärker in die Pflicht zu nehmen, weil viele Zivildienstleistende über eine Grundausbildung in der Pflege verfügen.
- Ebenso muss der **Zivilschutz** über genügend Personal verfügen.

### Aussenpolitik

- **Renationalisierungstendenzen** sind **abzulehnen**. Die Schweiz muss sich für **krisenresistente** Rahmenbedingungen im **Aussenhandel** einsetzen.
- Die ressourcenarme Schweiz wird immer auf Importe angewiesen sein. Eine erhöhte Selbstversorgung ist daher abzulehnen. Hingegen müssen gezielte Massnahmen ergriffen werden, um die **Versorgungssicherheit** zu **erhöhen**.
- Internationale Krisen können nur im internationalen Kontext bewältigt werden. Die FDP unterstützt daher die **Stärkung** der humanitären Hilfe zur Krisenbewältigung im Rahmen der **internationalen Zusammenarbeit**.



Andrea Caroni: «Nur, wenn wir aus Corona unsere Lehren ziehen, werden wir für die Zukunft krisenresistenter.»

# Zukunft schaffen für unsere Enkelkinder

FDP führt wieder eine Mitgliederbefragung durch

Mit der Enkelstrategie ergreift die FDP Partei für die zukünftigen Generationen: Wir wollen liberale, kinder- und enkeltaugliche Lösungen für einen attraktiven Wirtschaftsstandort, für gesicherte Sozialwerke sowie für eine intakte Lebensgrundlage aufzeigen. Diese drei Themenbereiche sollen in der Parteibasis über eine Mitgliederbefragung breit diskutiert werden, um das Erfolgsmodell Schweiz in die Zukunft zu tragen. Nehmen auch Sie daran teil!

Das Jahr 2020 haben wir uns alle anders vorgestellt. Noch immer hat die Covid-Krise die Schweiz und die Welt fest im Griff, noch immer sind die mittel- und langfristigen Folgen kaum absehbar: Wann wird wieder so etwas wie Normalität einkehren? Welche Folgen hat die Krise für unseren Wohlstand und unsere Arbeitsplätze in der Schweiz? Was passiert in Krisenzeiten mit unserer individuellen Freiheit?

Bei all diesen Fragen, die uns im Moment beschäftigen, dürfen wir eines nicht vergessen: Hier geht es nicht nur um die Gegenwart, sondern vor allem auch um die Zukunft. Gerade die Linke,



Verantwortung übernehmen heisst auch, den kommenden Generationen keine Schuldenberge zu hinterlassen.

allen voran die SP, wittert nun die Chance, ihre Umverteilungsträume, Verstaatlichungen und ihre Gratismentalität durchzusetzen. Wenn aber Schuldenberge aufgebaut, nötige Reformen auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben und die Eigenverantwortung durch Bevormundung verdrängt wird, sind das schlechte Aussichten – insbesondere für unsere Kinder und Enkel.

### FDP will die Weichen stellen

Die Weichen für eine liberale Zukunft müssen heute so gestellt werden, dass Wohlstand, gesellschaftlicher Zusammenhalt, das Streben nach Fortschritt sowie die Freiheit des Einzelnen auch in Zukunft aufrechterhalten bleiben. Dies ist die Basis für unsere Enkelstrategie: Mit diesem langfristig angelegten Projekt wollen wir aufzeigen, wie eine liberale und enkeltaugliche Politik in drei zentralen Bereichen aussieht:

- Für einen attraktiven **Wirtschaftsstandort**, der uns allen auch in Zukunft eine **Arbeitsstelle** garantiert, damit wir unser Leben selbstbestimmt führen können.
- Für **gesicherte Sozialwerke**, damit auch unsere Kinder und Enkel von den gleichen Vorsorge- und **Gesundheitsleistungen** profitieren können wie die heutigen Generationen.
- Für **intakte Lebensgrundlagen**, sowohl was die Umwelt als auch die Infrastrukturen und die Energieversorgung betrifft.

### Umfrage startet in wenigen Tagen

Im Rahmen der Enkelstrategie führen wir erneut eine Mitgliederbefragung durch, nachdem wir damit im Bereich der Umwelt- und Klimapolitik im letzten Jahr sehr gute Erfahrungen gemacht haben.

Gerade nachdem alle grösseren Parteianlässe abgesagt werden mussten und so der soziale und politische Austausch erschwert wurde, liegt es mir am Herzen, mittels dieser Mitgliederumfrage wieder mit Ihnen in Kontakt zu treten. Mit der Umfrage wollen wir ein breites Stimmungsbild innerhalb der FDP abholen – das ist gerade deshalb wichtig, weil wir über Fragen diskutieren, die mehrere Generationen betreffen. Nun sind die Zugangsdaten für die Umfrage auf dem Weg zu Ihnen – in wenigen Tagen erhalten Sie Post von uns, und Sie können loslegen!



«Politik ist kein Selbstzweck», steht im Hintergrund bei der Rede von Petra Gössi am Tag der FDP 2019. Mit der Enkelstrategie nimmt die FDP wichtige Fragen der Zukunft auf.

### FDP als Wegbereiter der Zukunft

Dieses Projekt macht mich stolz, denn es signalisiert: Die FDP und unsere Mitglieder sind die zukunftsweisende Kraft. Gemeinsinn, Eigenverantwortung und viel harte Arbeit haben unser Land zum Erfolgsmodell gemacht. Nun ergreifen wir Partei für alle Kinder und Enkelkinder und wollen dafür sorgen, dass auch sie sich frei und mit besten Zukunftsperspektiven entfalten können. Daher würde es mich sehr freuen, wenn Sie, liebe FDP-Mitglieder, sich auch diesmal aktiv einbringen und zahlreich an der Befragung teilnehmen.

**Petra Gössi, Nationalrätin SZ  
und Präsidentin FDP.Die Liberalen Schweiz**



## In unstabilen Zeiten brauchen wir Kontinuität

Claude Meier, Direktor HotellerieSuisse

Im Juli habe ich einige sonnige Ferientage in der Schweiz verbracht. Auf Ausflügen fuhr ich mit der längsten Standseilbahn Europas auf den Niesen oder genoss in Grindelwald den wundervollen Ausblick auf Eiger, Mönch und Jungfrau. Auch in der Stadt habe ich mich entspannt, etwa, wenn ich beim lokalen Bäcker mit Kaffee und Zeitung den Tag gestartet habe.

Diese Vielfalt des Reiselands Schweiz wollen nicht nur wir Schweizerinnen und Schweizer erleben, sondern jährlich auch Hunderttausende von Gästen aus dem Ausland. Die Kündigungsinitiative bedroht die dafür nötige Reisefreiheit, führt in der Folge zu Mehrkosten oder Wartezeiten für Touristen und macht die Schweiz entsprechend unattraktiv. Ein Rückgang der Gästezahl wäre die Konsequenz. Dies müssen wir um jeden Preis verhindern. Der Tourismus steht aufgrund der coronabedingten Krise bereits genug unter Druck. In solch histo-

risch einmaligen Zeiten sind stabile Beziehungen zur EU für den Schweizer Tourismus schlicht überlebenswichtig.

### Tourismus vereint gegen die Kündigungsinitiative

Es ist selten, dass sich die wichtigsten Player im Tourismus für eine nationale Abstimmungskampagne zusammenschliessen. Hotel- und Restaurantbesitzer sind per se zurückhaltend im öffentlichen Kundtun ihrer politischen Meinung. Dies aus ver-

ständlichen Gründen: Jeder Gast ist schliesslich willkommen im eigenen Betrieb – unabhängig seiner politischen Couleur. Umso eindrücklicher zeigt das Engagement der Tourismusbranche im Komitee «Nein zur Kündigung – Ja zum Schweizer Tourismus», dass für den Tourismus viel auf dem Spiel steht. Zu viel, um zu schweigen.

Für den Schweizer Tourismus sind die Personenfreizügigkeit und das Schengen-Abkommen zentral. Dank diesen Abkommen profitieren wir von Reisefreiheit in Europa und sind Teil eines einheitlichen Visumsverbands. Damit werden für den Tourismus wichtige Fernmärkte erschlossen und Tausende von Arbeitsplätzen in der Schweiz gesichert. Ein Verlust der Schengenvisums-Bestimmungen würde für den Tourismus gemäss einer Studie des Bundes zu jährlichen Umsatzeinbussen von bis zu einer halben Milliarde Franken führen. Dies wäre für unzählige Betriebe in der aktuellen Situation der Todesstoss und muss verhindert werden.

### Offenheit und Vernetzung als Erfolgsfaktoren

Offenheit und Vernetzung sind seit jeher Erfolgsfaktoren für unseren Tourismusstandort. Ohne sie verlieren wir nicht nur Gäste, sondern strahlen eine Haltung aus, welche der Schweiz unwürdig ist. Für die unter dramatischen Umsatzeinbussen leidende Branche muss jetzt eine schnelle Erholung im Vordergrund stehen. Gute wirtschaftliche Beziehungen zum Ausland sind dafür unverzichtbar. Gerade die Städtetouristik, welche von der Krise am härtesten getroffen wurde, ist darauf angewiesen, dass der Geschäftstourismus wieder anzieht. Doch ohne Personenfreizügigkeit verliert die Schweiz ihr positives Image als international ausgerichteter Standort.

Dieses Jahr ist es für mich selbstverständlich: Meine Ferien verbringe ich in der Schweiz. So geht es vielen meiner Freunde und Bekannten. Doch für sie und mich wird eine Zeit kommen, in welcher uns das Fernweh packt und wir auch wieder ausserhalb der Schweiz auf Entdeckungstouren gehen werden. Das ist völlig legitim. Genauso selbstverständlich sollen Gäste aus dem Ausland wieder die Schweiz als Freizeit- oder Geschäftsdestination ansteuern. Wenn es so weit ist, dürfen sie auf keinen Fall vor geschlossenen Grenzen stehen.

Deshalb sage ich entschieden Nein zur Kündigungsinitiative am 27. September!

Claude Meier (42) ist Direktor des nationalen Verbandes HotellerieSuisse. Der Verband vertritt die Interessen der innovativen und nachhaltigen Beherbergungsbetriebe der Schweiz. Claude Meier kandidiert am 29. November 2020 auf der FDP-Liste für das städtische Parlament von Bern.



# Abstimmungen am 27. September

Kinderdrittbetreuung, Vaterschaftsurlaub, Jagdgesetz

Am 27. September kommt es zum Superabstimmungssonntag. Entsprechend schwierig ist es, den Überblick zu behalten. Gerne gebe ich kurz einen Überblick:

### «Steuerliche Berücksichtigung der Kinderdrittbetreuungskosten»

Die FDP will die Vereinbarkeit von Beruf und Familie voranbringen und das inländische Arbeitspotenzial besser ausschöpfen. Für beides wird mit der Initiative einen Schritt gemacht. Heute wird der Zweitverdienst ab einem bestimmten Einkommen steuerlich so hart bestraft, dass er sich nicht mehr lohnt. Dies führt dazu, dass Paare die Betreuung von Kindern nicht aufteilen und nur ein Elternteil arbeitet. Indem Eltern künftig statt 10 100 Franken 25 000 Franken von der direkten Bundessteuer abziehen können und auch die allgemeinen Kinderabzüge von 6550 auf 10 000 Franken erhöht werden, steigt die Progressionsschwelle und schafft Anreize für Frauen, um nach der Schwangerschaft wieder einer Erwerbsarbeit nachzugehen. Insbe-

sondere für gut qualifizierte Mütter ist dies sehr attraktiv. Laut Bundesrat ist kurz- bis mittelfristig mit einer Zunahme von schätzungsweise 2500 Vollzeitstellen zu rechnen. Kurzfristig führt die Massnahme bei der direkten Bundessteuer zu Mindereinnahmen von rund 10 Mio. Franken, langfristig ist aber davon auszugehen, dass sich die Massnahme aufgrund der positiven Beschäftigungsimpulse selbstfinanziert.

### «Änderung des Jagdgesetzes»

Das geltende Jagdgesetz stammt aus dem Jahr 1986. Seither hat sich einiges geändert: Zum einen ist die Artenvielfalt in den letzten Jahren stark unter Druck geraten. Das revidierte Jagdgesetz dient dazu, verschiedene Wildtiere und ihren Lebensraum besser zu schützen. Hierzu werden Wildtierschutz-

gebiete sowie Zugvogelreservate und Wildtierkorridore stärker als bisher gefördert, wodurch die Lebensräume von freilebenden Wildtieren verbessert und die Artenvielfalt gestärkt werden. Zum anderen sind mit der Rückkehr des Wolfes und dem Anwachsen der Population seit 1992 neue Probleme entstanden: 2019 lebten rund 80 Wölfe in unserem Land. Manche Wölfe greifen Schafe und Ziegen an. Jährlich werden 300 bis 500 Tiere gerissen. Auch verlieren manche Wölfe die Scheu vor Siedlungen. Mit dem revidierten Jagdgesetz erhalten die Kantone deshalb mehr Kompetenzen, eigene Lösungen für Bedrohungen oder Schäden von Tier und Umwelt zu finden, wenn ihr Kanton betroffen ist. Sie können eigene Gesetze erlassen, geschützte Tierbestände zu regulieren, bevor diese einen effektiven Schaden angerichtet haben (wie beispielsweise Massnahmen zum Wolf) und bevor sich der Bund irgendwann einmal bewegt. Trotz neuen kantonalen Kompetenzen müssen genaue Bedingungen erfüllt sein, bevor die Population eines geschützten Tieres reguliert werden darf.

Maja Riniker, Nationalrätin AG

### «Gegenentwurf zur Vaterschaftsurlaubs-Initiative»

Es ist ein Grundanliegen der FDP, dass Männer und Frauen in unserer liberalen Gesellschaft ihr Leben frei und eigenverantwortlich gestalten können. Die FDP anerkennt insbesondere auch die wichtige Rolle beider Elternteile in der Familie. Die FDP hat sich im Parlament deshalb mit Herzblut für einen 16-wöchigen Elternurlaub eingesetzt, denn dieser bietet eine flexible Lösung, statt alte Rollenmodelle zu zementieren. Die acht ersten Wochen nach der Geburt wären für die Mutter reserviert. Die weiteren acht Wochen könnten flexibel und einvernehmlich auf beide Eltern verteilt werden. Die Delegierten haben an der Delegiertenversammlung intensiv diskutiert, ob der zweiwöchige Vaterschaftsurlaub ein geeigneter Kompromiss ist. Am Ende fiel das Ergebnis äusserst knapp aus: 134 Nein- zu 133 Ja-Stimmen bei acht Enthaltungen. Der staatlich verordnete zweiwöchige Vaterschaftsurlaub ist deshalb nicht die von der FDP gewünschte Lösung. Zudem wären die damit verbundenen Kosten für die KMU in der aktuellen Corona-Krise eine zusätzliche Herausforderung. Die FDP empfiehlt deshalb den Vaterschaftsurlaub abzulehnen und wird sich weiterhin für eine Elternzeit einsetzen, welche den Paaren Flexibilität lässt.



# Nein zur «UVI»

Hehres Ziel, vermessener Weg

Die Volksinitiative «Für verantwortungsvolle Unternehmen – zum Schutz von Mensch und Umwelt» verlangt, dass Unternehmen mit Sitz in der Schweiz auch im Ausland Haftung für Menschenrechtsverletzungen und Missachtungen von Umweltstandards übernehmen sollen. Die Forderung, dass Unternehmen verantwortungsvoll handeln müssen, ist unterstützenswert. Die von den Initianten vorgeschlagenen Instrumente, die in der Schweizer Bundesverfassung festgesetzt werden sollen, sind aber nicht zielführend. Im Gegenteil. Die Initianten wollen in der Schweiz die weltweit faktisch strengsten Haftungsregeln einführen und legen damit unserer von Corona gebeutelten Wirtschaft unverhältnismässige Fesseln an.

Am 29. November stimmen wir über die Unternehmensverantwortungsinitiative, kurz UVI, ab, die von 50 verschiedenen Entwicklungs- und Menschenrechtsorganisationen eingereicht wurde. Sie verfolgt ein hehres Ziel: Unternehmen mit Sitz in der Schweiz müssen die Menschenrechte und internationalen Umweltstandards auch ausserhalb der Schweiz respektieren. Verletzt ein Unternehmen

Menschenrechte oder missachtet verbindliche Umweltstandards im Ausland, soll es in der Schweiz zur Rechenschaft gezogen werden können.

### Sippenhaftung

Hört sich gut an. In der Praxis bedeutet das jedoch, dass Schweizer Unternehmen den Schutz von Menschenrechten und der Umwelt künftig verbindlich

in ihrer gesamten Wertschöpfungskette, bis hin zum letzten Zulieferer, garantieren müssen. Mit der Annahme der Initiative werden Schweizer Unternehmen damit auch für Tätigkeiten von anderen Firmen haften, die sie zwar wirtschaftlich kontrollieren, bei denen sie aber nicht direkt am operativen Geschäft beteiligt sind. Gleiches gilt für Lieferanten, auf die sie – wenn überhaupt – nur beschränkt Einfluss haben.

Bei Volksinitiativen sind die hehren Ziele leider nicht entscheidend. Es sind die vorgeschlagenen Instrumente, die zählen. Denn diese sind es, die schliesslich in unserer Bundesverfassung verankert werden. So ist es selbstverständlich, dass Schweizer Unternehmen verantwortungsvoll handeln müssen. Um das sicherzustellen, schlägt die UVI jedoch Instrumente vor, die unnötig und kontraproduktiv sind und den Wirtschaftsstandort Schweiz unmittelbar und erheblich schaden würden.

### Bedrohung für Standort Schweiz

Durch die Einführung von weltweit einzigartig strengen Haftungsregeln würde die Schweiz als Standort für internationale Unternehmen deutlich an Attraktivität verlieren. Davon betroffen wären wir alle – die Bedeutung, die Schweizer Konzerne für unser Land haben, wird häufig unterschätzt: Rund ein Drittel der Arbeitsplätze, der Steuereinnahmen und des Bruttoinlandsprodukts entfallen auf international tätige Schweizer Konzerne!

### Auch KMU wären betroffen

Schliesslich zielen die Initianten zwar auf die Konzerne ab. Sie werfen in ihrem Eifer aber auch die kleinen und mittelgrossen Unternehmen der Schweiz mit den Konzernen in denselben Topf. Zwar besagt der Initiativtext, dass der Bund bei der Umsetzung der Sorgfaltsprüfungspflicht Rücksicht auf unsere KMU nehmen soll. Er schliesst sie aber von der Haftungsspflicht nicht aus. Ist ein KMU also von einem wichtigen Zulieferer im Ausland abhängig, sind die Bestimmungen der UVI direkt auf das Schweizer KMU anwendbar.

### Ausgewogener Gegenvorschlag

In wirtschaftlich schwierigen Zeiten ist es klar, dass wir uns derart radikale Bestimmungen, wie sie die UVI fordert, nicht leisten können. Darum müssen wir uns bereits jetzt für ein Nein am 25. November 2020 einsetzen. Dies gesagt, gilt es noch zu erwähnen, dass bei einer Ablehnung der Initiative ein Gegenvorschlag von Bund und Parlament in Kraft treten wird. Dessen strikte Regeln nehmen die Schweizer Unternehmen in die Verantwortung, sind gleichzeitig international abgestimmt und entsprechend für die Wirtschaft tragbar.

**Ruedi Noser, Ständerat ZH**



Die Flugzeuge der Schweizer Luftwaffe kommen per 2030 nach über 30 bzw. nach über 50 Jahren Einsatz an ihr Lebensende. Sie müssen daher ersetzt werden, wenn wir auch ab 2030 unseren Luftraum und damit die Menschen in diesem Land schützen möchten.

Die neuen 30 bis 40 Flugzeuge werden rund 30 bis 40 Jahre, also bis etwa 2070, im Einsatz stehen. Für die Ersatzbeschaffung haben Bundesrat und Parlament einen Kreditrahmen von 6 Mrd. Franken gesprochen. Die Anschaffungskosten und die späteren Unterhalts- und Betriebskosten werden aus dem ordentlichen Armeebudget bezahlt. Kein anderer staatlicher Bereich, weder Bildung noch Gesundheit, muss Finanzkürzungen in Kauf nehmen. Die Zahlentrickserei der Gruppe Schweiz ohne Armee (GSoA) ist unredlich und unserer direkten Demokratie unwürdig. Den Gegnern geht es, wie der Name der Referendumsführer bereits besagt, ohnehin nur um die Abschaffung der Armee. Denn die Bodentruppen einer Armee sind ohne Luftwaffe ungeschützt und damit wirkungslos.

### Kein Entweder-oder, sondern Sowohl-als-auch

Fakt ist, dass die Alternative zur Erneuerung der Luftwaffe wäre, dass unser Luftraum nicht mehr geschützt ist. Da unsere Bevölkerung aus der Luft

mit Flugzeugen von 1978 und 1996 geschützt wird und beide Typen bald das Ende ihrer vertretbaren Einsatzzeit erreichen, zeichnet sich im Luftraum eine Sicherheitslücke ab dem Jahr 2030 ab. Es wäre nicht zu verantworten, wenn unser Land unsere Bevölkerung vor Angriffen aus der Luft nicht mehr schützen könnte. Es gibt nicht ein Entweder-oder, sondern nur ein Sowohl-als-auch. Kein Land schafft seine Luftwaffe ab und konzentriert sich nur noch auf Cyber-Abwehr und Pandemie-Bekämpfung. Genauso, wie der Schutz unseres Landes am Boden durch Polizei, Grenzschutz, Zivilschutz, Armee usw. gewährleistet wird, muss unser Luftraum durch die Luftwaffe überwacht, kontrolliert und geschützt werden – und zwar in 300 bis 350 Einsätzen pro Jahr. Der Luftraum über unserem Land ist einer der meistbeflogendsten der Welt. Die Sicherheit der Menschen in unserem Land wird durch einen ganzen Verbund gewährleistet. Alle Bestandteile dieser Kette brauchen die notwendigen Fähigkeiten und Mittel, um ihre Auf-

gabe meistern zu können. Die Luftwaffe braucht es in normalen Lagen, aber besonders auch in Krisen. Wenn die Schweiz aber erst in einer Krise an deren Bekämpfung denkt, sind wir zu spät. Ein ordentlicher Beschaffungsprozess der Flugzeuge dauert rund zehn Jahre an. Die Feuerwehr denkt auch nicht erst an den Kauf eines Tanklöschfahrzeugs, wenn das Haus brennt.

### Bewaffnete Neutralität ist Verfassungsrecht und völkerrechtliche Verpflichtung

Zudem werden wichtige Anlässe wie UNO-Konferenzen oder das World Economic Forum WEF in Davos aus der Luft geschützt. Hinzu kommt, dass unsere Luftwaffe Überflüge von Flugzeugen aus Staaten unterbindet, welche in kriegerische Konflikte involviert sind. Damit schützen und verteidigen wir unsere Neutralität und können unsere aussen- und friedenspolitische Rolle auch bezüglich Friedensverhandlungen glaubwürdig wahrnehmen, ohne dem Vorwurf zu begegnen, eine Seite mehr zu gewichten. Der Schutz in der Luft ist da-



Thierry Burkart

mit ein wichtiger Bestandteil unserer Sicherheit und unserer Neutralität. Der ordentliche Evaluations- und Beschaffungsprozess für neue Flugzeuge beansprucht rund 10 Jahre. Der Schutz des Luftraums über Europa wird bereits jetzt in Kooperation wahrgenommen. Kooperation bedingt aber, dass auch wir unseren Teil dazu beitragen. Das ist ein Verfassungsauftrag und eine völkerrechtliche Verpflichtung. Helikopter, Trainingsflugzeuge oder Drohnen erfüllen die technischen Anforderungen dazu nicht. Das bestätigen alle Experten. Wenn wir auch ab 2030 unseren Luftraum und damit die Menschen in diesem Land schützen möchten, dann sollten wir an der Volksabstimmung vom 27. September unbedingt Ja zur Beschaffung von neuen Kampfflugzeugen sagen.

**Thierry Burkart, Ständerat AG,  
Präsident der Kampagne Air2030**



# «Kündigungsinitiative ist ein Hochrisikospiel»

Karin Keller-Sutter im Interview

Am 27. September stimmen wir über die Kündigungsinitiative der SVP ab. Die Initiative führt zu einer politischen und wirtschaftlichen Abschottung der Schweiz. Bundesrätin Karin Keller-Sutter erläutert im Interview die Argumente gegen die Kündigungsinitiative.

**Frau Keller-Sutter, was für Folgen hätte eine Annahme der Kündigungsinitiative?** Die Begrenzungsinitiative ist ein Hochrisikospiel. Sie verlangt, dass der Bundesrat die Personenfreizügigkeit in Verhandlungen innerhalb eines Jahres ausser Kraft setzt. Gelingt das nicht, muss der Bundesrat das Abkommen innert 30 Tagen kündigen. Bei einer Kündigung der Personenfreizügigkeit fallen die anderen sechs Abkommen der Bilateralen I automatisch dahin. Damit hätten wir einen vertragslosen Zustand mit unserem wichtigsten Handelspartner. Die Folgen wären weniger Wohlstand und der Verlust von Arbeitsplätzen. Wir Freisinnigen haben den bilateralen Weg stets befürwortet. Sorgen wir am 27. September dafür, dass dieser weitergeführt werden kann.

**Reicht ein einfaches Handelsabkommen mit der EU für den Handel nicht aus?** Das Freihandelsabkommen von 1972 ist zwar wertvoll, es sieht aber im Unterschied zu den bilateralen Verträgen keinen Marktzugang vor. Geregelt werden darin vor allem Zollfragen. Für uns als kleines, aber exportstarkes Land bleibt der möglichst hindernisfreie Handel mit der EU zentral. So fallen beispielsweise zwei Drittel der exportierten Industriegüter unter das Abkommen über technische Handelshemmnisse.

«Man kann nicht eine Krise mit einer neuen Krise bekämpfen.»

Ein Wegfall dieses Abkommens würde nicht nur den Marktzugang behindern, sondern auch zu mehr Kosten und Bürokratie führen.

**Weshalb brauchen wir mehr Zuwanderung, wenn die Arbeitslosigkeit ohnehin steigt?** Der Bundesrat möchte nur so viel Zuwanderung wie nötig. Deshalb hat er gemeinsam mit den Sozialpartnern Massnahmen zur Förderung der inländischen Arbeitskräfte ergriffen. Es trifft zu, dass die Arbeitslosigkeit wegen der Corona-Krise angestiegen ist. Wir alle arbeiten daran, dass es sich hierbei um einen kurzfristigen wirtschaftlichen Schock handelt. Wenn wir die Personenfreizügigkeit kündigen und damit die Bilateralen I aufs Spiel setzen, verlängern wir die Krise und schaffen mehr Arbeitslosigkeit. Man kann nicht eine Krise mit einer neuen Krise bekämpfen.

**Sie absolvierten während Ihrer Ausbildung einen Studienaufenthalt in London und studierten in einem Austauschsemester an der Universität in Montreal. Welche Auswirkungen hätte die Annahme dieser Initiative auf unseren Forschungs- und Bildungsstandort?** Die Studienaufenthalte in Grossbritannien und Kanada waren für mich sehr wertvoll und haben mich geprägt. Ich bin dankbar, dass mir meine Eltern dies ermöglicht haben. Eine Annahme der Initiative würde die Mobilität der Studierenden und der Forschenden einschränken. Für viele Talente aus dem Ausland wäre der Zugang zu einer Schweizer Hochschule versperrt. Umgekehrt hätten Schweizer Forschende und Studierende Probleme, sich im europäischen Ausland weiter zu entwickeln, wodurch ihre Karriere behindert werden könnte. Die Dachorganisation der Schweizer Hochschulen Swissuniversities spricht sich deshalb gegen die Kündigungsinitiative aus.

**Wenn Sie einen Blick in die Kristallkugel wagen könnten: Wie sehen Sie das Verhältnis der Schweiz zu Europa in fünf Jahren?** Ich bleibe lieber in der Realität. Am 27. September geht es faktisch darum, ob die Schweiz den bilateralen Weg weiterführen will oder nicht. Der Bundesrat hat in den letzten Monaten alles daran gesetzt, die Schweiz durch die Krise und aus der Krise zu führen. Dazu gehört auch ein Nein zur Begrenzungsinitiative und ein Ja zur Fortführung des bilateralen Wegs.

Interview: Sven Marti

# Unterschreiben Sie jetzt die Renteninitiative!

## Für eine nachhaltige Sanierung der Altersvorsorge

Die AHV ist in 15 Jahren bankrott, und in der 2. Säule werden jährlich 7 Mrd. Franken umverteilt. Mit solch düsteren Prognosen erodiert auch das Vertrauen in unser System: Im Sorgenbarometer steht die Altersvorsorge ganz zuoberst. Nun muss die Politik Lösungen aufzeigen. In einer Metastudie untersuchten Wissenschaftler der Uni Luzern die häufigsten Argumente gegen ein höheres Rentenalter. Und sie stellen fest: Die Schweiz ist bereit für ein höheres Rentenalter.

Der Reformstau in der Altersvorsorge ist riesig. Für die nächste AHV-Reform (AHV 21) stehen jedoch einmal mehr nur kurzfristige finanzielle Massnahmen im Vordergrund. Dabei sind die Vorbehalte gegen ein höheres Rentenalter in der Schweiz unbegründet. Denn die in einem neuen Gutachten diskutierten Zahlen und wissenschaftlichen Studien legen nahe, dass sowohl die Gesundheit der Menschen wie auch der Arbeitsmarkt auf eine Erhöhung des Rentenalters bestens vorbereitet wären.

### Ü50 gut im Arbeitsmarkt integriert

Insbesondere das Argument, dass Ü50 keine Jobs finden, kann nicht gezählt werden. Die älteren Arbeitnehmer sind äusserst gut in den Schweizer Arbeitsmarkt integriert. Die Arbeitsmarktbeteiligung der älteren Bevölkerung steigt seit Jahren an

und ist im internationalen Vergleich sehr hoch. Ein generelles Arbeitslosigkeitsproblem für ältere Arbeitnehmer besteht nicht – im Vergleich zu anderen Altersgruppen ist die Arbeitslosigkeit nach wie vor unterdurchschnittlich. In den nächsten Jahren wird die demografische Entwicklung zu einer spürbaren Verknappung des Arbeitsangebotes führen, was der Nachfrage nach älteren Arbeitskräften zusätzlichen Schub verleihen dürfte.

### «70 ist das neue 60»

Dank steigendem Wohlstand und medizinischem Fortschritt ist die Lebenserwartung in der Schweiz im Laufe des 20. Jahrhunderts stark angestiegen. Die Menschen werden aber erfreulicherweise nicht nur immer älter, sondern bleiben auch länger gesund. Wie die Forschung zeigt, hat sich der Alte-

rungsprozess um ein Jahrzehnt nach hinten verschoben («70 ist das neue 60»).

### Gesundheit im Alter wird besser

Hatten 65-Jährige im Jahr 1992 durchschnittlich noch 11 bis 12 Jahre in guter Gesundheit vor sich, sind in der Zwischenzeit weitere 3 Jahre dazugekommen. Sowohl in der Altersklasse 55 bis 64 wie auch in der Altersklasse 65 bis 74 beschreiben gut drei Viertel der Personen beider Geschlechter ihren Gesundheitszustand als gut oder sehr gut. Das Alter 65 stellt keine Schwelle dar, an der gesundheitliche Probleme bemerkbar zunehmen würden. Gesundheit ist entsprechend nicht die Hauptursache für den Zeitpunkt der Pensionierung.



Patrick Eugster

### Ältere Arbeitnehmer bleiben produktiv

Während die physische und kognitive Leistungsfähigkeit ihren Höhepunkt schon in relativ jungen Jahren erreicht, steigen Faktoren wie Erfahrungswissen, Führungskompetenz und Beurteilungsvermögen über die Lebenszeit an. Erkenntnisse der neueren Literatur deuten darauf hin, dass die Arbeitsproduktivität im Alter (d.h. in den Jahren vor dem ordentlichen Rentenalter) konstant bleibt. Das Vorurteil, ältere Erwerbstätige seien im Vergleich zu jüngeren Arbeitskollegen weniger produktiv, kann somit nicht bestätigt werden.

### Fazit

Für eine nachhaltige Sanierung der Altersvorsorge haben wir zwei Möglichkeiten: Entweder wir erhöhen die Mehrwertsteuern um rund 50 Prozent – ein Durchschnittshaushalt zahlt so jährlich fast 3000 Franken mehr! Oder aber wir arbeiten etwas länger. Länger arbeiten ist möglich – dies zeigt das Gutachten eindeutig auf. Der Weg ist also frei für nachhaltige AHV-Finzen. Jetzt müssen wir ihn nur noch zusammen beschreiten.

### Patrick Eugster

Präsident des Komitees Renteninitiative

Wir brauchen Sozialwerke, die gesichert sind, so dass auch unsere Enkelkinder den gleichen sozialen Schutzschild haben wie die heutigen Rentnerinnen und Rentner. Die Renteninitiative der Jungfreisinnigen ist ein Schritt in diese Richtung. Unterschreiben auch Sie den beigelegten Unterschriften-Bogen!

Petra Gössi  
Präsidentin FDP.Die Liberalen



Herzlich willkommen!

## Aus dem Generalsekretariat

### Fanny Noghero ist neue Generalsekretärin

Am 14. Juli hat die Parteipräsidentenkonferenz Fanny Noghero einstimmig zur neuen Generalsekretärin gewählt. Sie ist eine ehemalige Journalistin und kennt als ehemalige Geschäftsführerin der FDP Neuenburg die Partei und ihre Basis hervorragend. Als erste Vertreterin der Romandie in dieser Position verbindet die Neuenburgerin, die auch fließend Italienisch spricht, die Sprachregionen optimal. Zurzeit leitet sie die Gesamtkommunikation der FDP Schweiz. Wir gratulieren Fanny Noghero sehr herzlich zu ihrer Wahl und freuen uns auf die Zusammenarbeit. Sie übernimmt die Position von Samuel Lanz per 1. Oktober 2020.



Fanny Noghero



Samuel Lanz

### Samuel Lanz verlässt das Generalsekretariat der FDP

Mit grossem Bedauern müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass Samuel Lanz sich entschieden hat, das Generalsekretariat per Ende September zu verlassen und sich einer neuen Herausforderung anzunehmen. Er wird neu Leiter der Kommunikation und Mitglied der Geschäftsleitung bei Interpharma, dem Verband der forschenden Pharmaunternehmen der Schweiz. «Sämi» führte seit 2014 das Generalsekretariat und reorganisierte es in eine schlagfertige, professionelle Kampagnenorganisation. Weiter trug er wesentlich zum erfolgreichen Abschneiden der FDP bei mehreren Bundesratswahlen und zahlreichen Volksabstimmungen bei. Die FDP dankt «Sämi» für seinen langjährigen und unermüdlichen Einsatz und die vielen tollen Erlebnisse.

### Parolenspiegel

für die nächsten eidgenössischen Volksabstimmungen



NEIN

**Begrenzungsinitiative (Kündigungsinitiative)**



NEIN

**Änderung des Erwerbsersatzgesetzes (Vaterschaftsurlaub)**



JA

**Bundesbeschluss über die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge**



JA

**Änderung des Bundesgesetzes über die direkte Bundessteuer (Erhöhung Kinderabzüge)**



JA

**Änderung des Jagdgesetzes**

### Öffentliches Fachreferat

Einladung

**Peter Regli**  
Divisionär a.D., Dipl. Masch.-Ing. ETH,  
ehem. Chef des Schweizer  
Nachrichtendienstes,  
Delegierter der FDP Schweiz,  
spricht zum Thema:



**Unsere nationale Sicherheit nach der Corona-Pandemie**

**Donnerstag 8. Oktober 2020 in Bern**  
Kaserne, Auditorium, Papiermühlestr. 13+15, 3000 Bern 22  
(im Navigationssystem eingeben: Kasernenstrasse 27 oder:  
per Öv mit Tram Nr. 9 ab Bahnhof Bern bis Breitenrain, dann 300 m  
zu Fuss, via Herzogstrasse -> Papiermühlestrasse bis zur Kaserne.)

**Donnerstag 22. Oktober 2020 in Zürich**  
Mehrzweckhalle Stiftung zum Glockenhaus  
(neben Hotel Glockenhof), Sihlstrasse 33, 8001 Zürich

Beginn jeweils: 18.45 Uhr Apéro / 19.30 Uhr Referat

# FDP

Die Liberalen



**Nein zur  
Kündigungsinitiative**

[www.fdp.ch](http://www.fdp.ch)